CENTRAL-VEREINS-DIENST

MITTEILUNGEN AUS DER HAUPTGESCHÄFTSSTELLE
DES CENTRAL-VEREINS DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS E.V.

Berlin SW 68, Lindenstr. 13 / Fernruf: Dönhoff 3594/95 / Drahtanschrift: Centralglauben Berlin

Nr. 4/5 **abgeschlossen am 26. November 1926** **Jahrgang III**

Inhaltsverzeichnis.

Gegen die Auswüchse der völkischen Presse.

Hg. Die völkische Presse hat in der letzten Zeit die Beschimpfungen des Judentums zu einer bisher nicht erlebten rohen Tonart gesteigert. Bestimmend hierfür mögen zwei Erwägungen gewesen sein. Offenbar hat die Tatsache, daß die Justiz wiederholt dem jüdischen Volksteil keinen hinreichenden Rechtsschutz gewährte, ermutigend auf die völkische Journalistik gewirkt. Sodann mag das Empfinden, die Anhängerschaft nur durch eine immer schärfere und sich übersteigernde Agitationsweise bei der Stange zu halten, mitgespielt haben.

Drei Bearbeitungsgruppen verdienen besonders dargestellt zu werden, wobei darauf hingewiesen werden kann, daß die „C. V.-Zeitung“ in ihren letzten Nummern auf jede dieser Gruppen im Einzelnen eingegangen ist. Es handelt sich zunächst um den Aufruf Dr. Dinters nebst ca. 60 Unterzeichnungen, der unter schwerer Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft gesetzliche Sondermaßnahmen gegen das Judentum verlangt. Sodann um das bekannte Bild im „Stürmer“ Nr. 39, das die Vornahme einer ritualmordähnlichen Handlung an einem nackten Mädchen durch drei Juden schildert. Schließlich der Aufsatz im „Völkischen Beobachter“ Nr. 242 „Rabbinerschutz für jüdische Verbrecher“.

Zu dem Aufruf von Dr. Dinter ist auf folgendes hinzuweisen. Die erste uns bekannt gewordene Veröffentlichung erfolgte in der „Schlesischen Volksstimme“, dem völkischen Organ Breslaus vom 4. September d. Js. Unser niederschlesischer Landesverband beantragte die sofortige Beschlagnahme, die auch am 6. September d. Js. ausgesprochen wurde. Der Einspruch des Herausgebers ist von der Strafkammer des Landgerichts II in Breslau unter dem 1. 10. d. Js. zurückgewiesen worden. Am 15. September d. Js. erschien der gleiche Aufruf im „Hammer“ Nr. 582. Wir erstatteten sofort gegen Dr. Dinter und die Unterzeichner

des Aufrufes sowie gegen Theodor Fritsch als verantwortlichen Schriftleiter des „Hammer“ Strafanzeige aus § 166 und beantragten die Beschlagnahme der „Hammer“-Nummer. Das Amtsgericht Leipzig lehnte diese Beschlagnahme ab. Die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Beschwerde führte dazu, daß der „Hammer“ Nr. 582 am 18. 10. d. Js. der Beschlagnahme verfiel. Inzwischen hatte jede „Hammer“-Nummer in irgend einer Weise auf den Dinterschen Aufruf Bezug genommen. Wir übersandten der Staatsanwaltschaft mit den entsprechenden Ergänzungsanträgen jeweils Exemplare. Der „Völkische Beobachter veröffentlichte am 28. Oktober d. Js. in seiner Nummer 250 gleichfalls den Aufruf. Wir stellten direkt, gleichzeitig auch unser Landesverband Bayern, den Antrag auf Beschlagnahme. Das Ergebnis dieses Antrages ist noch unbekannt. In den letzten Tagen erst ist uns die September-Nummer der früher in Berlin sehr verbreiteten, jetzt in Graz erscheinenden völkischen Zeitschrift „Der Hakenkreuzler“ zugegangen, die gleichfalls den Dinterschen Aufruf enthielt. Die Staatsanwaltschaft I in Berlin wird, wie aus einer Besprechung mit ihr zu vermuten ist, auch ihrerseits zu einer Beschlagnahme schreiten.

Selbstverständlich werden alle die Fälle, in denen eine Entscheidung noch nicht getroffen ist, von uns ständig weiter behandelt.

Die zweite Fragengruppe betrifft das oben gekennzeichnete Bild im „Stürmer“. Nachdem die Beschlagnahme in Nürnberg selbst nicht zu erreichen war, stellten wir die notwendigen Anträge, als der „Stürmer“ auch in Berlin verbreitet wurde, bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Kurz bevor die Beschlagnahme in Berlin ausgesprochen wurde, kam aus Dresden durch den sogen. „Po-Funk“ (Rundfunk wichtiger polizeilicher Mitteilungen in Chiffern) die Nachricht, daß das Dresdener Gericht auf Grund einer früheren Anzeige unserer dortigen Ortsgruppe die Beschlagnahme verfügt hatte, weil das Bild „unzüchtig, sadistisch“ sei und geeignet, verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen.

Das ständig an Bedeutung gewinnende führende Blatt der nationalsozialistischen Bewegung in der Pfalz, der in Lambrecht erscheinende „Eisenhammer“, Nr. 33 brachte das gleiche Bild, das die Beschlagnahme des „Stürmer“ veranlaßt hatte. Sofort von uns aus gestellte Anträge auf Beschlagnahme auch des „Eisenhammer“ sind zur Zeit noch nicht entschieden. Wir verfolgen sie selbstverständlich mit aller Energie.

Die dritte Gruppe ist um den erwähnten Aufsatz „Rabbinerschutz für jüdische Verbrecher“ herum darzustellen. Der Distriktsrabbiner von Burgreppach, Ksinski, hatte gegen die in Bamberg erscheinende Zeitschrift „Die Flamme“ wegen eines die jüdische Religion beschimpfenden Aufsatzes Strafanzeige erstattet. Nachdem zunächst die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt war, erfolgte auf Beschwerde die Eröffnung unter dem 12. Oktober d. Js. Wir hatten über diese Angelegenheit in der „C. V.-Zeitung“ Nr. 38 berichtet. Am 10. 10. d. Js. veröffentlichte nun der unter Anklage gestellte Schriftleiter der „Flamme“, Moelter, im „Völkischen Beobachter“ den erwähnten Aufsatz, über den der Artikel in der „C. V.-Zeitung“ „Was in Deutschland 1926 möglich ist“, näheren Aufschluß gab. Gegen den „Völkischen Beobachter“ wie gegen Herrn Moelter ist sowohl von Herrn Distriktsrabbiner Ksinski wie von den Herren Dr. Holländer und Dr. Wiener, weil auch die C. V.-Zeitung aufs Schwerste beleidigt worden war, Strafantrag gestellt worden.

In diesem Zusammenhang dürfte folgender Erlaß interessieren, der im bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28. 10. 26 von den bayerischen Ministerien der Justiz und des Innern über den staatlichen Ehrenschutz veröffentlicht wurde. In ihm heißt es unter Ziff. 5:

„Die Staatsanwaltschaft übernimmt die Strafverfolgung wegen Beleidigung, wenn es im öffentlichen Interesse liegt; bei der Prüfung, ob diese Voraussetzung gegeben ist, darf nicht engherzig verfahren werden. Sie wird auch zu bejahen sein, wenn es gilt, Auswüchsen des politischen, religiösen und wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der unschönen Kampfweise entgegenzutreten, die den Gegner, statt ihn sachlich zu widerlegen, beschimpft, schmäht oder verleumdet. Die Staatsanwaltschaft wird deshalb die öffentliche Klage erheben, wenn einwandfreie Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, grundlos beschimpft oder gegen sie unbegründete Vorwürfe erhoben werden, die geeignet sind, ihre Vertrauensstellung zu erschüttern oder ihnen das weitere öffentliche Leben zu verleiden oder unmöglich zu machen.“

Dieser Erlaß erinnert sehr stark an die durch uns erreichte Verfügung des Preußischen Justizministers an die Generalstaatsanwälte vom 23. 9. 1922 (I. 5260).

Es ist zu hoffen, daß sich die von den höchsten bayerischen Regierungsstellen verfügten Richtlinien sehr bald dahin auswirken, daß die Tonart der in Bayern erscheinenden völkischen Presse eine andere wird.

Dieser Ausschnitt aus der Rechtsschutzarbeit des Vereins, der sich um einige besonders markante Fälle gruppiert, möge zeigen, welchen Umfang die Maßnahmen in dieser Richtung angenommen haben. Ueber gewisse, im Zusammenhang mit den geschilderten Vorgängen vorgenommene Unterredungen und ihre Wirkungen kann an dieser Stelle begreiflicherweise nichts Näheres mehr gesagt werden.

Beschluß der Hauptvorstandssitzung vom 21. September 1926.

Landesverbände, Beamte und Ortsgruppen sind verpflichtet, Anfragen des Hauptvorstandes bezw. der Hauptgeschäftsstelle prompt zu beantworten. Für den Fall, daß aus den Ortsgruppen direkt keine Antwort zu erzielen ist, haben sich die Landesverbände und die Beamten darum zu bemühen.

Wichtige Mitteilungen an die Mitarbeiter.

Werbt in Angestelltenkreisen.

Nachdem durch Beschluß in der letzten Sitzung der Verwaltungskommission in München am 10. Okt. d. Js. eine Erleichterung in den Ablieferungspflichten der Landesverbände insofern eingetreten ist, als für neu geworbene Mitglieder, insbesondere Familienangehörige und Angestellte, die ausnahmsweise weniger als Mk. 18,— Jahresbeitrag zahlen, nur über 50% des tatsächlich bezahlten Beitrages an die Berliner Centrale abzuführen ist, besteht die Möglichkeit, auch wirtschaftlich schwächere Kreise zur Mitgliedschaft heranzuziehen. Wir legen unseren Mitarbeitern nachdrücklichst ans Herz, insbesondere der Werbung in Angestelltenkreisen die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Gemeindeblätter.

Wiederholt haben wir schon darauf aufmerksam gemacht, daß unbedingt die zahlreichen Gemeindeblätter in Deutschland mit Nachrichten über unsere Tätigkeit regelmäßig versehen werden müssen. Das ist keinerlei ungehörige Beeinflussung, sondern entspricht lediglich der Bedeutung und dem Ansehen unserer Organisation. Wir müssen leider feststellen, daß unseren wiederholten Rundschreiben in dieser Angelegenheit durchgreifende Beachtung nicht geschenkt worden ist. Es ist sogar festzustellen, daß in Gemeindeblättern, — wir können Beispiele dafür leicht erbringen — Nachrichten von Aktionen, die der C. V. eingeleitet und durchgeführt hat, z. B. im Fall des Stadtobersekretärs Meyer, aufgenommen werden, ohne daß der C. V. überhaupt erwähnt ist. Wir bitten daher dringend, die Gemeindeblätter mit geeigneten Nachrichten, die sich ja aus unserem großen Material von selbst ergeben, zu versehen, insbesondere ausführlich über Veranstaltungen und Versammlungen des Vereins zu berichten.

Nochmals: Keine persönlichen Briefe in Vereinsangelegenheiten.

Es ist in der letzten Zeit wiederholt beobachtet worden, daß Briefe in Vereinsangelegenheiten nicht etwa nur an den Direktor des Vereins oder seinen Stellvertreter, sondern jetzt auch in steigendem Maße an einzelne Mitarbeiter persönlich gerichtet und auch inhaltlich so aufgemacht werden. Das verzögert erheblich die Erledigung, gibt zu Irrtümern Anlaß, darf also unter keinen Umständen fortgesetzt werden.

Der Völkerversöhnungsbund.

Der sattsam bekannte Schimko, Leiter des Völkerversöhnungs-Bundes behauptete neuerdings bei seiner Mitgliederwerbung, daß Siegmund Warburg seine Sache finanziere. Wir können demgegenüber auf das Bestimmteste erklären, daß Warburg den Völkerversöhnungs-Bund nicht nur nicht unterstützt, sondern der ganzen Angelegenheit völlig fernsteht.

Arbeit mit jüdischen Lehrervereinen.

Die Vorsitzenden der drei jüdischen Lehrervereine für Hessen und Hessen-Nassau wurden von unserem Landesverband nach Gießen zu einer Besprechung mit dem Thema „Antisemitismus und Schule" zusammenberufen. Im Verlauf der an die Einladung anknüpfenden Verhandlungen wurde seitens der Lehrervereine die Zusage erteilt, daß bei der nächsten Vollsitzung jedes Vereins ein Referat über dieses Thema erwünscht sei. Es ist zu begrüßen, daß auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, die brennenden Fragen des Schulantisemitismus in sachverständigen Kreisen zu erörtern, was bisher nur in beschränktem Maße der Fall war.

Um ein ähnliches Vorgehen in anderen Landesverbänden zu erleichtern, fügen wir den Wortlaut des Briefes, mit welchem erstmalig an die Vorsitzenden der Lehrervereine herangetreten wurde, bei:

Sehr geehrte Herren!

Der Vorstand unseres Landesverbandes hat sich in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung sehr ernstlich mit dem zunehmenden Antisemitismus in den Schulen beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es notwendig sein wird, die sämtlichen jüdischen Lehrer des Freistaates Hessen und der Provinz Hessen-Nassau, besonders in den Landgemeinden, zur Mitarbeit aufzurufen. Es soll dies in der Form geschehen, daß durch unser Büro in Frankfurt jeweils mehrere Lehrer aus einem gewissen Sprengel in einem für diesen Sprengel zentral gelegenen Ort zusammengebeten werden, damit in Anwesenheit unseres Herrn Dr. Marx eine Aussprache stattfinden kann und ein gemeinsames Vorgehen je nach der örtlichen Lage beschlossen werden kann.

Außerdem erscheint es uns aber als ein dringendes Bedürfnis, daß bei der nächsten Tagung Ihrer Lehrer-Konferenz von unserem Herrn Dr. Marx ein Referat über „Antisemitismus und Schule" gehalten wird, damit die Erfahrungen und Beobachtungen der Herren Lehrer auf diesem Gebiet ebenfalls gesammelt und bei unserer Abwehrarbeit praktisch verwertet werden können.

Wir versprechen uns natürlich von der Aktion nur einen Erfolg, wenn die Vorsitzenden der drei zu unserem Landesverband gehörenden Lehrerkonferenzen unser Bestreben unterstützen und wir gestatten uns deshalb die Anfrage, ob Sie bereit wären, gegen Erstattung der Kosten sich an einem Sonntag anfangs Oktober mit unserem Herrn Dr. Marx in Gießen, als dem im Mittelpunkt gelegenen Ort für Ihren eigenen Wohnsitz, zu einer Besprechung zu treffen.

Wir bitten Sie, uns unter Benützung anliegenden Freiumschlages Ihre grundsätzliche Auffassung und Zustimmung bekanntzugeben und eventuelle gleichzeitige Wünsche wegen des Datums der Zusammenkunft mitzuteilen, damit das Weitere von hier aus veranlaßt werden kann.

Wir sehen Ihrer gefl. Nachricht möglichst bald entgegen und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. Marx.

Rundfunk.

Aus wichtigen Gründen bitten wir zu beachten, daß es trotz Einsetzung der Ueberwachungs-Ausschüsse beim Rundfunk sich nicht empfiehlt, etwaige Beschwerden ohne Fühlungnahme mit uns einzureichen. Es muß zunächst stets Meldung mit genauen Angaben (Sender, Datum, Zeit, Vortragender, Thema, zu beanstandender Text) an die Zentrale erfolgen.

Wirksame Bekanntmachung von Vereinsveranstaltungen.

Die „Hakoah", Organ des Turn- und Sportklubs Hakoah in Essen bringt in jeder Nummer groß und wirkungsvoll aufgemachte Anzeigen der C. V.-Veranstaltungen im ganzen Bezirk. In der Oktobernummer befindet sich beispielsweise eine Ausstellung der für den Oktober geplanten Veranstaltungen, die eine Seite in Anspruch nimmt. Die Vortragsabende werden außerdem noch besonders angekündigt. Das Inhaltsverzeichnis enthält jedesmal Hinweise auf die Ankündigungen des Centralvereins.

Wir empfehlen dieses wirkungsvolle Verfahren zur Nachahmung.

B. W. Segel.

Der bekannte Publizist Benjamin W. Segel, von dem im Philoverlag eine Reihe von Broschüren erschienen ist, — eine Volksausgabe der „Weisen von Zion" kommt in der nächsten Woche noch heraus — glaubt von seiten des C. V. wie des Philoverlages in finanzieller Hinsicht schlecht behandelt worden zu sein. Jedoch ist festzustellen, daß Herr Segel keinerlei, irgendwie begründete Ansprüche aus bestehenden oder früher geschlossenen Verträgen hat. Er hat vielmehr auf seiten des C. V. im Rahmen der vorhandenen Mittel stets über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus Entgegenkommen gefunden. Herr Segel sucht nun seinen Wünschen gegenüber dem C. V., da sie keine rechtliche Grundlage haben, dadurch Nachdruck zu geben, daß er eine in vieler Hinsicht sachlich unrichtige Darstellung an eine Reihe prominenter Persönlichkeiten versendet.

Wir erklären, ohne auf die in diesem Zusammenhang uninteressanten Einzelheiten der Streitfrage zurückzukommen, daß Herr Segel, wie wir es ihm gegenüber stets in unseren letzten Schreiben zum Ausdruck brachten, nur wenn er uns gegenüber die strenge Scheidung von Honorar und Subvention durchführt, auf unser Entgegenkommen rechnen kann.

Aus der Arbeit des C. V.

„Christliche Herren gesucht".

Die Kakao- und Schokoladenfabriken Leonhard Monheim, Aachen und Berlin, die Fabrikanten der Trumpf-Schokolade, veröffentlichen im „Berliner Tageblatt" vom 19. 9. 26 eine Anzeige, in der christliche Herren gesucht wurden. Einer unserer Herren besuchte daraufhin die hiesige Geschäftsstelle der Firma und wir erhielten im Anschluß an diesen Besuch den folgenden Brief:

„Die wenig glückliche Abfassung meines Inserates im „Berliner Tageblatt" vom 19. September, in welchem ich einige christliche Vertreter suchte, ist mir nicht nur von Ihnen, sondern auch vom großen Teil meiner jüdischen Abnehmer und Vertreter mit Recht zum Vorwurf gemacht worden. Ich möchte von vornherein bemerken, daß schon die Tatsache einer Insertion im Berliner Tageblatt und unter vollem Namen gegen die Annahme spricht, als ob ich in meinem Unternehmen antisemitische Tendenzen verfolgte oder duldete. Ich wünsche vielmehr, mit allen deutschen Staatsbürgern, gleichgültig, welcher Konfession sie angehören, zusammen zu arbeiten.

Bei dem Inserat handelte es sich um zwei Plätze in Mitteldeutschland, welche nach ihrer politischen Einstellung Wert darauf legen, von christlichen Herren besucht zu werden. Diesem Umstande wurde in dem beregten Inserat irrtümlich, und zwar durch einen Fehler des betreffenden Angestellten, Rechnung getragen.

Angesichts der angenehmen Geschäftsverbindungen, welche ich sowohl mit jüdischen Abnehmern als auch Lieferanten unterhalte, und der Eigenschaft einer Markenfirma, welche selbstverständlich Wert darauf legen muß, bei der gesamten Konsumentenschaft in bestem Ruf zu stehen, und angesichts der Tatsache, daß in meinem Unternehmen eine Reihe von jüdischen Vertretern und Angestellten tätig sind, erübrigt es sich eigentlich, besonders zu betonen, daß mir jede tendenziöse Absicht fernliegt."

Judenfeindliches in Lesebüchern.

In dem Deutschen Lesebuch für höhere Schulen, 3. Teil, Quarta, herausgegeben von Dr. Deckelmann, Oberstudienrat in Köln und Professor Dr. Johannesson, Oberstudiendirektor a. D. in Berlin, erschienen im Verlage Weidmannsche Buchhandlung Berlin 1926, befindet sich auf Seite 67 in dem Lesestück „Etliche Zauberstücklein des Doktor Faust" eine Episode, in der von einem Juden neben der in derlei Schilderungen üblichen Charakterisierung u. a. einmal behauptetn wird, daß er „ohnehin den Christen feind war."

Wir wandten uns an Professor Johannesson und wiesen auf die Wirkung einer solchen Beschreibung auf die kindliche Vorstellungswelt hin. Wir erhielten darauf das folgende Schreiben.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Für den in Ihrem gefälligen Schreiben vom 20. d. M. gegebenen Hinweis spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Vollkommen stimme ich mit Ihnen darin überein, daß ein für die deutsche Jugend bestimmtes Lesebuch nichts enthalten darf, was geeignet sein kann, den konfessionellen Frieden zu stören, und wer sich die Mühe nimmt, das von mir im Verein mit Deckelmann-Köln herausgegebene Lesewerk daraufhin zu prüfen, wird unschwer erkennen, daß es durchaus im Geist nationaler Einheit und konfessioneller Versöhnung gestaltet ist. Um so peinlicher ist es mir, daß die von Ihnen bezeichnete Stelle des 3. Bandes bei jüdischen Schülern Anstoß erregt hat. Sie ist dem aus dem 16. Jahrhundert stammenden Volksbuch vom Doktor Faustus entnommen, das wegen seiner literarischen und kulturkundlichen Bedeutung in einem deutschen Lesebuch nicht unberücksichtigt bleiben durfte. An sich enthält sie meines Erachtens nichts, was jüdisches Empfinden verletzen dürfte, denn der Betrüger ist Faust, nicht aber der Jude. Ueberdies wird ein einsichtsvoller Lehrer kaum verfehlen, bei der Behandlung des Lesestückes auf die Zeit seiner Entstehung und auf die damals herrschenden Anschauungen hinzuweisen. Gleichwohl will ich mich gern bemühen, bei einer Neuauflage durch eine Textänderung, wenn sich auch das philologische Gewissen gegen eine solche zu sträuben pflegt, der Stelle jede konfessionelle Schärfe zu nehmen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung
ergebenst
gez. Johannesson.

Kol nidre.

In der „Harzburger Zeitung“ Nr. 205 erschien im Inseratenteil eine Erklärung der national-sozialistischen Arbeiterpartei, Gruppe Harzburg, in der das Kol nidre-Gebet in der auf völkischer Seite üblichen Weise ausgelegt wurde. Unsere Ortsgruppe Braunschweig veranlaßte darauf die Aufnahme folgender Erwiderung, die in Nr. 210 der „Harzburger Zeitung“ veröffentlicht wurde:

Kol nidre.

Eine Erwiderung.

In der „Harzburger Zeitung“ vom 2. Sept. 1926 macht die national-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei des Amtsbezirks Harzburg in Form eines Inserates den früher von antisemitischer Seite schon so oft vergeblich unternommenen Versuch, das jüdische Kol nidre-Gebet durch eine angeblich wörtliche, in Wahrheit aber unrichtige Uebersetzung zu entstellen. Demgegenüber erklären wir:

Das Gebet lautet in Wirklichkeit:

„Alle Gelübde, Entsagungen, Bannungen, Entziehungen, Kasteiungen und Gelöbnisse unter jedem Namen, auch alte Schwüre, so wir gelobt, geschworen, gebannt und entsagt haben für unsere Seele . . . seien aufgelöst, ungültig, aufgehoben und vernichtet.“

Die national-sozialistische Uebersetzung läßt also die entscheidenden Worte „für unsere Seele“ fort, so daß nicht nur ein falscher Sinn, sondern das Gegenteil des Gebetsinhalts und Zwecks herauskommt. Der fromme Jude will von allen Gelöbnissen usw., durch die er sich in kasteiender Gemütsaufwallung Entsagung auferlegte, oder zu einer religiösen Leistung verpflichtete, ohne etwa die Ausführbarkeit erwogen zu haben, Befreiung erbitten, um sich, wenn er sie nicht ausführen kann, vor Gott nicht schuldig zu machen. Das Gebet ist also für jeden, der Hebräisch versteht und die Eigentümlichkeiten dieser Sprache kennt, gerade ein Zeichen für die jüdische Gewissenhaftigkeit hinsichtlich der Gott gegebenen Gelöbnisse.

Dies bezeugen auch hervorragende christliche Theologen von Weltruf. So schreibt der ordentliche Professor der Theologie an der Universität Berlin, Geh. Konsistorialrat Professor Dr. theol. Strack in Herzogs Realenzyklopädie für protestantische Theologie, Bd. VIII, S. 127:

„In der Formel kol nidre ist . . . . . nicht die Rede von Eiden, die anderen geleistet werden, sondern nur von Gelübden, Verpflichtungen, die man sich selbst auferlegt . . . . . . Aus der Formel kol nidre kann daher kein Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des von einem Juden geleisteten Eides hergenommen werden.“

Der Leipziger Theologieprofessor Dr. Franz Delitzsch sagt in „Rohlings Talmudjude“, 7. Auflage, Seite 52:

„Was aber das Ungeschehenmachen geleisteter Eide betrifft, welches der Jude in dem Kol nidre am Vorabend des Versöhnungsfestes erfleht, so wird dieses Ungeschehenmachen durch den Zusatz daasarna al nafschatana (d. h. durch welche wir uns auf unsere eigene Person verschworen haben) ausdrücklich auf solche Eide beschränkt, welche man aus freiem Willen vor sich selbst abgelegt hat, also auf eidlich übernommene und hinterdrein als sündlich oder unausführbar anerkannte Selbstverpflichtungen, mit Ausschluß gerichtlicher Eide und mit Wissen des Nächsten eidlich übernommener Verpflichtungen gegen diesen.“

Dem Zeugnis solcher Autoritäten aus den Reihen der christlich-theologischen Wissenschaft brauchen wir wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Central-Verein deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens E. V.
Ortsgruppe Braunschweig.

Angebliche Bevorzugung einer jüdischen Schülerin.

Durch die völkische Presse ging vor einiger Zeit eine Notiz, die in mehrfachen Abwandlungen ungefähr die Ueberschrift hatte „Wie die kleine Cohn in die Sexta kam. Unglaubliche Zustände im Anklamer Schulwesen.“ Es wurde erklärt, daß der Tochter eines jüdischen Arztes, Dr. Cohn, ausnahmsweise der Eintritt in die Sexta des Knabengymnasiums gestattet worden war, während diese Genehmigung auf einige Gesuche christlicher Eltern hin nicht erteilt wurde.

Wir hatten in der Angelegenheit eine Rücksprache im Kultusministerium, die ergab, daß in der Tat ausnahmsweise eine derartige Genehmigung erteilt worden ist und daß in andern Fällen Gesuche abschlägig beschieden wurden. Von einer Bevorzugung aus konfessionellen Gründen kann selbstverständlich keine Rede sein. Die angeblich jüdische Dezernentin beim Kultusministerium die in einigen der erwähnten Notizen genannt war, ist in Wirklichkeit nicht Jüdin. Eine Behandlung der Angelegenheit in der Oeffentlichkeit empfiehlt sich nach der im Ministerium herrschenden Meinung nicht.

Um Shylock.

Die „Südwestdeutsche Rundfunk-Zeitung“, die ein erhebliches Absatzgebiet hat, brachte in ihrer Nr. 27 einen kurzen Artikel über den „Kaufmann von Venedig“, der folgende Charakterisierung Shylocks enthält:

„Die Leistung Shakespeares ist erst dann zu ermessen, wenn man weiß, daß es zu seiner Zeit (also um 1600) seit ihrer Vertreibung aus England um 1290 keine Juden mehr dort gab. Und wie hat er gerade das jüdische Wesen im Shylock getroffen. Sein finsterer, unduldsamer Zelotismus, seine talmudistische Auslegung des Gesetzes, sein durchdringender Verstand und die kalte Leidenschaft seines Hasses, der ihm aber nie die Klarheit des Urteils trübt, das sind ausgesprochene jüdische Rassezeichen.“

Unsere Frankfurter Geschäftsstelle richtete darauf einen Brief an den Rundfunk, in welchem besonders betont wurde, daß der Rundfunk keine politische, sondern eine kulturelle Einrichtung sei. Der Rundfunk antwortete mit einem sehr ausführlichen und entgegenkommenden Entschuldigungsschreiben und erklärte sich zur Aufnahme eines Gegenartikels bereit. Dieser Gegenartikel mit dem Titel „Die Figur des Shylock in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ aus der Feder unseres Frankfurter Untersyndikus Baer erschien in Nr. 36 der „Südwestdeutschen Rundfunk-Zeitung“.

Deutschnationale Krankenkasse.

In der Vereinszeitung des Fußballklubs „Union von 1903 e. V.“ Altona, einer Zeitung, die sich nur durch ihre Annoncen bezahlt macht, annoncierte u. a. die deutschnationale Krankenkasse. Herrn Dr. Fürth-Hamburg, der durch Vermittlung eines anderen Vereins Mitglied dieses Fußballklubs ist, gelang es durch Hinweis auf die ausschließlich politische Einstellung dieser Kasse und insbesondere auch auf ihren ausgesprochenen Antisemitismus zu erreichen, daß diese Anzeige in Zukunft nicht mehr aufgenommen wird.

„Wenn Deutschland keine Juden hätte . . .“

Anläßlich der von der Stadt Lebus begangenen 700-Jahrfeier kam es zu nationalsozialistischen Ausschreitungen. Diese Tatsache benutzte die im völkischen Geist geleitete „Lebuser Zeitung“, um zu erklären, daß die deutschvölkische Freiheitsbewegung organisatorisch nicht das geringste mit den Nationalsozialisten zu tun habe: „Gemeinsam ist uns nur das Hakenkreuz . . . . und das Ziel: Die Befreiung Deutschlands vom jüdisch-marxistischen Joch“.

Unsere Ortsgruppe Frankfurt a. O. nahm diesen Vorfall zum Anlaß, um im „Frankfurter Volksfreund“ einen längeren Artikel zur Veröffentlichung zu bringen, in dem mit der Lebuser Zeitung und ihrem geistigen Leiter und Hauptmitarbeiter, Herrn Studienrat i. R. Karl Boesch, in energischer Weise abgerechnet wird. Besonders erwähnt wird in dieser Erwiderung das kürzlich in der Lebuser Zeitung zum Abdruck gebrachte „Zeitgedicht“ von Falk Enhagen mit der Ueberschrift „Wenn Deutschland keine Juden hätte.“ Im Anschluß an die einzelnen in dem Gedicht enthaltenen Prophezeiungen heißt es in dem Aufsatz u. a.:

„Vorbei wärs mit den Dividenden“, da echte Deutsche wie Stinnes, Krupp, Helfferich, von Borsig, von Siemens, Hugenberg, Fürst Henkel von Donnersmark, Fürst von Fürstenberg, alle toten und lebenden Wirtschaftsführer, namentlich der Schwerindustrie grundsätzlich nie Dividenden bezogen haben, noch als echte Deutsche je beziehen werden.

„Das Handwerk blühte frei von Sorgen“, „das Dorf befreit aus Wucherklauen“, weil dann der Landbund mit seinen Genossenschaften alles zinslos und unter Verzicht auf jeden schnöden Gewinn besorgen würde.“

„Der moderne praktische Schnellrechner.“

In dem Buche „Der moderne praktische Schnellrechner“ von Dr. Fritz Kenner, erschienen im Maximilian Wendel Verlag, Leipzig, fanden wir unter der Ueberschrift „Mathematische Gaunerstückchen“, eine Rechenaufgabe, in der ein Jude als Gauner und Betrüger hingestellt wird. Wir wandten uns mit einem entsprechenden Schreiben an den Verlag und erhielten folgende Antwort:

„In umgehender Beantwortung Ihres geschätzten Schreibens teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß „Kenner, Der moderne praktische Schnellrechner“ ein Buch ist, das vor 12 oder 15 Jahren von uns mit der Firma Wendel übernommen worden ist. Wir bedauern außerordentlich, daß in dem Buche eine Verunglimpfung des jüdischen Kaufmannes Aufnahme gefunden hat, denn uns liegt nichts ferner, als eine derartige Kritik. Wir haben vielmehr alle Veranlassung, einen gegenteiligen Standpunkt einzunehmen, denn wir zählen eine große Anzahl jüdischer Geschäfte zu unseren Kunden und haben mit diesen allerbeste Erfahrungen gemacht.

Die Sache an sich erledigt sich ja schon dadurch, daß das Buch sowieso einen äußerst geringen bezw. gar keinen Absatz hat und daß an eine Neuauflage überhaupt nicht zu denken ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Unterschrift.“

„Wochenblatt für Pappe- und Papierbearbeitung.“

In Nr. 34 des „Wochenblattes für Pappe- und Papierbearbeitung“ vom 19. 8. 1926 fand sich ein Artikel „Hände weg, Taschen zu“, der sich mit dem Geschäftsgebahren der Ford Motor-Company of Canada befaßte. Es findet sich darin folgender Satz:

„Nach dem hebräisch-amerikanischen Universal-Rezept ‚Non olet‘ (Geld stinkt nicht!) ist Herr Ford demnach so entgegenkommend und rührend herablassend, auch des kleinsten Mannes Spargroschen entgegenzunehmen. Da werden Teilscheine von 180 RM. bis 1800 RM. angeboten, deren Vertrieb einem Berliner Notar, der den germanischen Namen Wygodzinski führt, übertragen worden ist. Gott der Gerechte, warum soll er's nicht tun? Non olet!“

Auf eine Vorstellung beim Verlage dieser Zeitschrift wurde folgende Antwort erteilt:

„Mit außerordentlichem Bedauern mußten wir — leider zu spät — feststellen, daß der betr. Artikelschreiber ‚Spectator‘ sich in seinen Ausführungen in dem betr. Aufsatz zu einer ungehörigen Redewendung verstiegen hat, die wir aufs schärfste verurteilen und bedauern, nicht allein deshalb, weil politische oder konfessionelle Gegensätze in einem wirtschaftlichen Fachblatt nicht erörtert werden sollen, wozu wir unser Wochenblatt auch keinesfalls bewußt hergeben werden, sondern auch deshalb, weil der ergebenst Unterzeichnete mit einer großen Anzahl Herren jüdischen Glaubens seit jeher gute und angenehme Freundschaft in ehrlicher Ueberzeugungstreue hält.

Sie bringen in Ihrem Schreiben bereits die alleinrichtige Annahme zum Ausdruck, daß der betr. Artikel, den wir auf Anregung aus Fachkreisen noch kurz vor Erscheinen der Nummer von einem sonst sehr verständig und objektiv schreibenden Mitarbeiter bearbeiten ließen, von unserer verantwortlichen Schriftleitung, also dem Unterzeichneten, nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gelesen wurde. Wir müssen uns hier der Unterlassungssünde zeihen, daß der Artikel infolge der Kürze der Zeit im Manuskript im Vertrauen auf die sonstige gute Schreibweise des betr. Autoren, nur flüchtig gelesen und mit diesem Urtext in die Druckerei gegeben wurde.

Zum Unglück wurde der Unterzeichnete an dem Tage, an dem die Zeitungsnummer kurz vor Druck zur nochmaligen Korrektur vorlag, wo die betr. unpassende Redewendung ganz sicher bemerkt und herausgestrichen worden wäre, plötzlich zu einer Gläubigersitzung abberufen, sodaß er sich nur auf den Korrektor verlassen konnte. Dieser aber sieht die Artikel nicht auf ihren Sinn und Jnhalt, sondern nur auf etwaige Satz- und orthographische Fehler durch.

Wir bedauern aufs Tiefste diesen verhängnisvollen Fehler, und bitten Sie recht sehr, uns wegen dieses bedauerlichen Vorkommnisses nicht nachträglich sein zu wollen.

Unser Stolz ist, daß wir uns freimütig und unbeeinflußt für unsere fachlichen Interessen einsetzen und hierfür auch die ungeteilte Zustimmung aller vorurteilsfreien Fachgenossen besitzen. Aber zu einer antisemitischen Hetze würden wir uns niemals hergeben, weil ein solches Verhalten unfair wäre und unserer eigenen ehrlichen Ueberzeugung widerspräche.

Wir würden keinen Anstoß nehmen, in der nächsten Nummer eine entspr. Klarstellung zu bringen, wenn uns nicht von der hiesigen Firma Wiener Postkartenfabrik Simon, mit der wir uns gleichfalls freundschaftlichst darüber unterhalten haben, empfohlen worden wäre, dies lieber zu unterlassen, da dann vielleicht noch mehr Staub aufgewirbelt werden könnte. Wenn Sie aber anderer Ansicht sind und eine derartige Klarstellung wünschen, werden wir keinen Augenblick hierzu zögern.

In der Hoffnung, daß unser sonstiges angenehmes Verhältnis durch diesen Vorfall keine Trübung erfährt, begrüßen wir Sie

hochachtungsvoll
Richard Lange Verlag
gez. Lange.“

Schundliteratur.

Wegen des Märchenbuches „Waschelwuschelwisch" (vergl. Central-Vereins-Dienst Nr. 3 Seite 45) haben wir uns mit dem Verleger der „Jugendschriften-Warte" in Verbindung gesetzt. Die Jugendschriften-Warte wird herausgegeben von den Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüssen für Jugendschriften. Wir haben von dem Verlag folgende Antwort erhalten:

„Waschelwuschelwisch von Fritz Halbach (Verlag H. A. Wiechmann-München) ist ein politisches Tendenzbuch, das in den Nachbarvölkern Ungeziefer sieht, das das „eigene Haus" vor allem reinigen will von jedem Fremdkörper („Nimm vor dem Juden Dich in acht, er hat mich um mein Schwert gebracht"), damit der Teutsche „von reinem Geblüt" heranwachse.

Und das ganze ist künstlerisch geschmacklos:
„Hier hast Du auch mein Schwert, mein teires!
Versuchs! Vergiß mein nicht! Und fei'r es!"
„Der kleine König Rommeldirom
wirft hin vor Schreck die dicke Tromm,
Und hinten steht der Moschemeires
und macht mit Hand und Fuß Geseires!"

Das ist nicht nur geschmacklos, sondern literarischer Schund. Der Verfasser nennt dies Tendenzbuch ein Märchen für Kinder von 7—10. Wir wollen so sagen: Unsere deutschen Kinder wollen wir vor solchen Machwerken bewahren; das Mannesalter wird hoffentlich den Unsinn erkennen; (wem keine Zweifel kommen, der ist bekanntlich nicht zu bekehren!) kindische Leute mögen sich daran ergötzen."

Wir haben den Verlag angefragt, ob er einen entsprechenden Hinweis in der „Jugendschriften-Warte" für angebracht hält.

Judenfeindliche Ausschreitungen in der Königsberger Ortsgruppe der deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft.

Mitte September fand in Königsberg eine Versammlung der Ortsgruppe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft statt. Zu der Versammlung erschienen verschiedene Mitglieder, die mit dem Hakenkreuz geschmückt waren, in stark angetrunkenem Zustande. Die Sitzung verlief sehr stürmisch und schließlich pöbelten die Hakenkreuzler einen jüdischen Teilnehmer an, ohne daß der Vorsitzende eingegriffen hätte. Es entstand ein großer Tumult, bei dem es auch zu Handgreiflichkeiten kam.

Angesichts dieser Vorgänge faßte der Königsberger Schwimm-Klub 1901, dem das jüdische Mitglied angehört und der korporativ der Lebensrettungs-Gemeinschaft angeschlossen ist, eine Entschließung, die dem Hauptvorstande der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft überreicht wurde. In dieser heißt es, daß der Königsberger Schwimmklub 1901 den schärfsten Protest gegen die Geschäfts- und Versammlungsleitung des Vorsitzenden des Königsberger Bezirks der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft einlegt, weil er es unterlassen hat, einen Versammlungsteilnehmer, der gleichzeitig Vorstand des Königsberger Schwimmklubs ist, gegen wiederholte antisemitische Anpöbeleien in Schutz zu nehmen.

Rechtschutz.

Justiz in Pommern.

Aus dem Landesverband Pommern wird uns geschrieben:

In einer Destille am Paradeplatz in Stettin, der verkehrsreichsten Gegend der Stadt, pflegen in der Schaufensterscheibe des Lokals Zeitungen völkischer Richtungen ausgehängt zu werden. Es finden sich dort unter anderem „Die Deutsche Zeitung", „Die Mecklenburger Warte", „Der Völkische Beobachter" u. a. m. Die Ueberschriften der Artikel, die in der Mehrzahl antisemitischen Inhalts sind, sind gewöhnlich mit Rotstift unterstrichen, um auf diese Weise das vorübergehende Publikum anzulocken. Gegenüber unseren Vorstellungen beim Polizeipräsidium Stettin, diesen marktschreierischen Aushang zu unterbinden, wurde uns erwidert, daß das Pressegesetz in seiner heutigen Fassung jedweden Aushang von Zeitungen, soweit diese nicht verboten sind, gestatte und daß ferner etwaige Verkehrsstörungen vor dem Lokal bei der Breite der Straße bisher nicht zu beobachten gewesen seien, die der Polizei die Möglichkeit des Einschreitens gegeben hätten.

Als nun im Mai 1926 die Zeitschrift „Der Hakenkreuzler" aushing, dessen Artikel und Abbildungen einen beispiellosen Grad von Gehässigkeit zeigten, und der Inhaber des Lokals, Herr Westphal, seinen Geschmack daran noch besonders dadurch bekundete, daß er die gemeinsten Stellen mit Rotstift dick unterstrich, erstatteten auf unser Betreiben ca. 60 Bürger Stettins, darunter 40 christliche Persönlichkeiten, Anzeige wegen groben Unfugs. In der Eingabe wurde besonders betont, daß gerade die jüdischen Einwohner Stettins auf ihrem Wege zur Synagoge an dem Lokal vorübergehen müßten.

Am 22. d. Mts. hatte sich nun der Inhaber des Lokals, „Die Paradequelle", Herr W. vor dem Einzelrichter am Amtsgericht Stettin zu verantworten. Der Richter, ein deutschnationaler Mann und Gesinnungsgenosse des Angeklagten, der diesen mit einem freundlichen „Guten Morgen" begrüßte, machte in allen Phasen der Verhandlung keinen Hehl daraus, daß er ganz wider seine Gesinnung gegen den Angeklagten verhandelte und diesen für unschuldig hielt. Zwischen dem Vorsitzenden und unserem Vorstandsmitglied, Herrn Eisenstein, der als Zeuge vernommen wurde, entspann sich folgender Wortwechsel:

Vorsitzender: Sie sind durch den Aushang belästigt worden; wodurch denn?

Eisenstein: Ich bin als deutscher Staatsbürger und Jude beschimpft und in meiner Ehre verletzt worden. Die gemeinsten Stellen hat der Angeklagte durch Rotstift hervorgehoben, um damit den Vorübergehenden zu sagen: Seht Euch das einmal an, so sieht es mit den Juden aus.

Vorsitzender: In dem Zeitungskiosk auf dem Bahnhof liegt auch der „Hakenkreuzler" aus. Herr W. tut dasselbe. Der Nachbar von Herrn W. stellt Blumen aus, ein anderer Hüte. Ich verstehe Sie nicht; wenn Sie sich in Ihren Empfindungen beleidigt fühlen, so brauchen Sie doch dort nicht vorbeizugehen. Der Paradeplatz ist doch breit genug.

Eisenstein: Ich fühle mich in meiner Freiheit beschränkt, wenn ich einen Umweg machen muß.

Vorsitzender: Wenn mir der Weg nicht angenehm ist, so schlage ich einen andern ein.

Entgegen dem Antrag des Amtsanwalts, der Mk. 60,— Geldstrafe beantragte, kam der Richter zu einem freisprechenden Urteil. Er führte in seiner Begründung aus,

dab politische Gegner des Angeklagten zunächst den Versuch gemacht hätten, die Polizei zum Einschreiten mit Rücksicht auf die Störung, des Verkehrs zu veranlassen und daß man als dies erfolglos gewesen sei, nun auf den § 360 Nr. 11 St. G. B. verfallen sei, der den sogenannten groben Unfug unter Strafe stellte. Ein grober Unfug läge aber nicht vor, denn der Angeklagte habe lediglich das getan, was gesetzlich erlaubt sei. Er sei daher auf Kosten der Staatskasse freizusprechen.

Wir sind der Ansicht, daß der Vergleich, den der Richter zwischen den Auslagen am Bahnhofkiosk und denen im benachbarten Hutgeschäft und dem Aushang der Zeitungen in der Destille zieht, fehlgeht. Gerade in der Art und Weise, wie hier der Besitzer eines Bier- und Schnapsausschankes politische Agitation treibt, liegt der grobe Unfug, den das Gesetz unter Strafe stellt.

Da die Staatsanwaltschaft, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, Revision beim Oberlandesgericht Stettin eingelegt hat, bleibt zu hoffen, daß es bei dem erstinstanzlichen Urteil nicht bleiben wird. —lk.

Friedhofsschändung in Loewenberg, Schlesien.

Ende Februar d. J. sind etwa 12 Gräber von Schülern der evangelischen Volksschule geschändet worden. Mehrere Grabdenkmäler wurden durch Abschlagen von Verzierungen und Bemalen mit Hakenkreuzen beschädigt. Die Schüler befanden sich noch nicht im strafmündigen Alter. Es ist die Vermutung aufgetaucht, daß sie von anderer Seite zu ihrer Untat angestiftet wurden. Unser Landesverband Niederschlesien stellte am 19. 3. einen Strafantrag beim Oberstaatsanwalt in Hirschberg, auch gegen die mutmaßlichen Anstifter. Die Oberstaatsanwaltschaft erwiderte darauf, daß gegen die drei Schüler, eine Strafverfolgung nicht stattfinden könne, da sie noch nicht im strafmündigen Alter seien. Gegen sie ist nur mit einer Schulstrafe vorgegangen worden. Das Vorhandensein eines strafmündigen mittelbaren Täters als Anstifter erschien dem Oberstaatsanwalt nach dem äußeren Tatbestand unwahrscheinlich; er bemühte sich überdies, das Verhalten der drei Schüler als ziemlich harmlos hinzustellen. So schreibt er in seiner Antwort vom 3. August:

„Einmal fällt den drei Beschuldigten nur ein geringer Teil der festgestellten Beschädigungen zur Last, andererseits spricht gegen die Annahme einer mittelbaren Täterschaft der Umstand, daß die Täter offenbar beim Uebersteigen der Friedhofsmauer noch nicht die Absicht hatten, Gräber zu beschädigen. Die Beschuldigten geben an, ein Kaninchen verfolgt zu haben und dabei die Friedhofsmauer überstiegen zu haben. Sie haben dann eine Platte, unter die das Kaninchen geflüchtet war, aufgehoben und die Platte beim Fallenlassen zerbrochen. Sie haben sodann Steinkugeln, die nur lose befestigt waren, abgeschlagen, um sie als Spielzeug zu verwenden. Andere Beschädigungen verursacht zu haben, bestreiten die Täter. Dies erscheint auch glaubhaft, da zur Herbeiführung der übrigen festgestellten Beschädigungen selbst die vereinten Kräfte der drei erst 10 jährigen Knaben nicht ausgereicht hätten. Es ist daher unwahrscheinlich, daß die Knaben von dritten Personen aus politischen Beweggründen zu der Tat angestiftet worden sind. Die Knaben selbst bestreiten die Urheberschaft dritter Personen, sie gehören auch keiner politischen Organisation an. Trotzdem habe ich noch nach dieser Richtung hin durch Vernehmung verdächtiger Personen Ermittlungen angestellt, die jedoch erfolglos geblieben sind. Ich habe daher das Verfahren eingestellt.

Auf eine Eingabe an das Provinzialschulkollegium erklärte dieses, daß das Provinzialschulkollegium mit der Angelegenheit nichts zu tun, da sich seine Zuständigkeit nicht über Volks- und Mittelschüler erstreckt. Die Gemeinde Loewenberg bemühte sich nun, von den Vätern der Kinder Ersatz des durch diese entstandenen Schadens zu erlangen. Während sich zwei Väter auch ohne weiteres bereiterklärten, den Schaden anteilig zu ersetzen, weigerte sich der Vater des dritten Schülers, Studienrat Dr. Neumann in Loewenberg, den Schaden in dem auf ihn fallenden Teil zu ersetzen. Er sprach dabei von „sogenanntem Schaden“ und schlug überhaupt einen Ton an, der gegenüber der Verfehlung seines Sohnes als ganz unangebracht bezeichnet werden muß. Das Mitglied unseres Hauptvorstandes, Herr Rechtsanwalt Foerder, hat von seinem Briefwechsel mit Studienrat Dr. Neumann dem Provinzialschulkollegium Mitteilung gemacht und es gebeten, das Nötige zu veranlassen. Das Provinzialschulkollegium erwiderte darauf unter dem 9. Oktober.

„Auf die Beschwerde vom 9. September 1926 und die Ergänzung hierzu vom 14. September 1926 haben wir gegen die Studienrat Dr. Neumann in Löwenberg das Erforderliche veranlaßt.“

Gleichzeitig hat die Synagogengemeinde Löwenberg Studienrat Dr. Neumann auf Schadenersatz verklagt. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Rennfahrer Rosenberger.

Während des letzten Auto-Rennens in Berlin ist bekanntlich der Rennfahrer Rosenberger mit seinem Mercedeswagen verunglückt, wobei auch zwei junge Menschen zu Tode kamen. Die „Bremer Zeitung“ vom 15. Juli d. Js. benutzte diese Gelegenheit, um folgende Notiz ihres Berliner Schriftleiters zu veröffentlichen:

„Eine grauenhafte Gefühlsroheit.

Th. Berliner Schriftleitung, 14. Juli. In einem Berliner Abend-Boulevard-Blatt ist der Autorennfahrer Rosenberger abgebildet, wie er — leicht verletzt — ein Flugzeug besteigt, um nach Pforzheim zu fliegen. Rosenberger hat es fertig gebracht, sich anscheinend laut lachend vom Pressephotographen aufnehmen zu lassen, trotzdem er nur 48 Stunden vorher zwei blühende deutsche Menschenleben seinem sportlichen Ehrgeiz geopfert hat. Wir sind überzeugt, daß er nicht so gelacht hätte, wenn seine Todesopfer seiner Rasse angehörten.“

Auf unsere Veranlassung hat Rosenberger gegen die verantwortlichen Redakteure der „Bremer Zeitung“ Privatklage erhoben. Die Angelegenheit endigte mit einem Vergleich, in dem die privatbeklagten Redakteure ihre Angriffe gegen R. zurücknahmen.

Ablehnung jüdischer Richter.

In einer Ehescheidungsklage gegen den völkischen Führer v. Vogtländer, bei der der jüdische Landgerichtsrat Rosenthal als Kläger auftrat, wurden von seiten Vogtländers die Richter Sternheim und Unger als befangen abgelehnt, mit der Begründung, daß ersterer jüdischer Abstammung, letzterer sogar noch Jude sei. Die Ansicht von Vogtländer wurde durch die Spruchkammer in Moabit sanktioniert. (Vorsitz: Landgerichtsdirektor Doktor Maschner). Die Ablehnung wurde für zulässig erklärt, obwohl die beiden Richter erklärt hatten, daß sie sich vollkommen unbefangen fühlen. Als Begründung wurde ausgeführt, daß Vogtländer, wenn auch eine Befangenheit der Richter objektiv nicht gegeben sei, doch befürchten könne, daß die beiden Richter als Angehörige der jüdischen Rasse ihm nicht unbefangen gegenüber stehen würden. Es wurde außerdem § 24 St. P. O., herangezogen, wonach die Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit dann schon begründet sei, wenn auch nur ein persönliches Mißtrauen des Angeklagten gegen die Unparteilichkeit des Richters gerechtfertigt erscheint. Da nunmehr die Angelegenheit zum Teil einen konfessionellen und politischen Hintergrund habe, so wäre diese Ansicht in noch höherem Maße gerechtfertigt.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es in der Konsequenz dieses Standpunktes liegt, jüdische Richter zu Richtern zweiter Klasse zu degradieren.

Politische Mitteilungen.

Ausschuß für Minderheitsrecht.

Infolge einer an uns gerichteten Anfrage haben wir uns über diesen Ausschuß, Geschäftsstelle Berlin W 30, Motzstraße 22, informiert und folgendes festgestellt:

Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren: Dr. Walter Szagunn, Dr. Max Hildebert Boehm, Dr. Franz Bordihn. Der Ausschuß arbeitet rein wissenschaftlich und juristisch; er ist die Beratungsstelle in Minderheitsfragen. Parteipolitische und religiöse Fragen sind von der Bearbeitung ausgeschaltet. Die Arbeit ist unbedingt unparteiisch, wie sich aus der Art der Finanzierung und den vorhandenen Verbindungen ergibt.

Auch der von dem Ausschuß gemeinsam mit dem „Institut für Grenz- und Auslandsstudien“ (Dr. Max Hildebert Boehm) vertriebene „Kalender des deutschen Rechtes“ ist einwandfrei.

Oberst Redl.

In einem Flugblatt der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei wird behauptet, daß der durch seine Spionageaffäre vor dem Weltkriege bekannte Oberst Redl Jude oder jüdischer Abstammung sei. Die gleiche Behauptung wird auch von dem Herausgeber eines Films „Totengräber eines Kaiserreichs“ wiederholt, der sich mit Oberst Redl befaßt. Dieser Mitherausgeber, Loewenstein, behauptet, Filmdezernent im ehemaligen Wiener Generalstab gewesen zu sein. Die Behauptung, daß Redl Jude oder jüdischer Abstammung war, ist eine grobe Lüge. Es wurde erst vor kurzem von General Michael Borner, dem stellvertretenden Generalstabschef des II. Armeekorps, in seiner vor kurzem veröffentlichten Darstellung über den Fall Redl darauf hingewiesen, daß es allbekannt sei, daß Redl nachgewiesener Maßen von einer altruthenischen Familie abstamme.

Politische Veranstaltungen.

„Deutscher Tag“ in Schlawe.

Der „Deutsche Ostmarkenverein“ hatte am 17. Oktober seine Mitglieder und Freunde im Reich zu seiner ersten größeren Veranstaltung nach dem Kriege und zwar zu einem „Deutschen Tag“ nach Schlawe in Pommern zusammengerufen. Die Mitglieder des Hauptvorstandes des Vereins, an der Spitze der 1. Vorsitzende, Generalmajor von Wrisberg-Berlin; der Ehrenvorsitzende des Landesverbandes Pommern-Westpreußen, Generalfeldmarschall von Mackensen; die Führer im Reich; die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen; ferner die Spitzen der Behörden der kleinen Stadt hatten sich zu den Kundgebungen eingefunden, die unter Anteilnahme der Bevölkerung von Schlawe und Umgebung teilweise unter freiem Himmel vor sich gingen. Erschienen waren ferner die Kriegervereine und die Vaterländischen Verbände der Gegend mit ihren Fahnen und eigenen Kapellen, darunter der „Jungdeutsche Orden“, die „Bismarckjugend“, „Bund Pommerntreue“ und auch „Der Stahlhelm“, die nach beendigtem Festgottesdienste eine Parade vor dem Feldmarschall von Mackensen veranstalteten. Der Markt und die Straßen zeigten eine für die kleine Stadt ungewöhnliche Menge schwarz-weiß-roter Fahnen.

Nach dem uns zugegangenen Berichte konnte man den Eindruck einer „Kaisers Geburtstags“-Feier aus alten Zeiten haben. Unter den Rednern sind zu nennen der Landtagsabgeordnete Geheimrat Schulz-Bromberg, einer der Mitbegründer des „Ostmarkenvereins“, Frau Dr. Käthe Schirmacher und Pastor Tausch-Seefeld, die auf die polnische Gefahr, die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung hinwiesen und die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Gefahren im Osten lenkten.

Wie uns unser Ortsgruppenvorsitzender in Schlawe berichtet, der, wie eine ganze Reihe unserer Mitglieder, seit 25 Jahren dem „Ostmarkenverein“ angehört, haben die Feierlichkeiten einen würdigen und einwandfreien Verlauf genommen bis auf die Ansprache des 1. Vorsitzenden von Wrisberg am Schluß der Tagung. Dieser hielt es für notwendig als eine Aufgabe des „Ostmarkenvereins“ zu bezeichnen, „alles Fremdländische im deutschen Volke mit eisernem Besen auszukehren auf daß wir wieder Herr im Hause werden und dem Geist von Potsdam wieder Geltung verschaffen.“ Seine ohne Zweifel gegen die Juden gerichteten Worte sind, wie uns berichtet wird, auch von anderen Teilnehmern der Tagung unangenehm empfunden worden.

Es muß dieses Programm aus dem Munde des 1. Vorsitzenden des „Ostmarkenvereins“ umso mehr unsere Beachtung finden, als schon einmal gelegentlich einer Tagung des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ in Kufstein ein Führer des „Ostmarken-

vereins", Professor Binder in seinem Referat als eine der Hauptaufgaben der Ostmark „die Bekämpfung der Judengefahr" bezeichnete. Diesen Worten trat seinerzeit der Vorsitzende des „Vereins für das Deutschtum im Ausland", Exzellenz von Hintze scharf entgegen. Immerhin liegen Anzeichen einer judenfeindlichen Betätigung der Leitung des „Deutschen Ostmarkenvereins" vor, die deshalb besonders bedauerlich sind, weil gerade die Juden zum großen Teil die Träger des Deutschtums im Osten sind.

Es wird sich daher empfehlen, diesen Verein, der eine ganze Anzahl jüdischer Mitglieder hat, ständig zu beobachten. —lk.

*

Vom Hindenburg-Tag in Stolp.

Die Anwesenheit Hindenburgs anläßlich der Einweihung der Hindenburg-Kampfbahn in Stolp gestaltete sich zu einer Festlichkeit allerersten Ranges. Wie uns berichtet wird, war ganz Stolp in ein Meer von schwarz-weiß-roten Fahnen verwandelt. Aus dem Verlauf der Feierlichkeiten, der durch Presseberichte allerseits bekannt geworden ist, verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Oberstudiendirektor Dr. Moerner, der als deutschnational bekannt ist, in seiner Ansprache besonders auf den notwendigen Ausgleich der Parteigegensätze mit folgenden Worten hinwies:

> „Hier sollen alle Gegensätze der Parteien und Stände schweigen, hier sollen alle Verbände, die das gesamte deutsche Volk durch Leibesübungen zur Höhe führen wollen, freudig und opferbereit sich zusammenschließen zu gemeinsamer segenspendender Arbeit im Dienst für Volk und Vaterland. So werden von dieser Bahn befruchtende Strahlen ausgehen über das ganze Pommernland; so wird sie zu einem lebendigen Quell, aus dem alle Freudigkeit und Stärke schöpfen können. Daß das geschieht, soll uns eine heilige Pflicht sein, an die uns immer von neuem der Name „Hindenburg-Kampfbahn" erinnern wird."

Es ist zu hoffen, daß diesen Worten auch die entsprechenden Taten folgen werden.

Volksdeutsche Buchgemeinde.

Die „Volksdeutsche Buchgemeinde" versendet neuerdings wiederum ihre Werbeschriften, u. a. auch, wohl unbeabsichtigt, an Juden. Daß es sich um ein völkisches Unternehmen, mit antijüdischer Tendenz handelt, geht schon aus der Betrachtung „Der Hofjude" Seite 8/10 des jüngsten Werbeheftchens hervor, wo die zustimmende Besprechung des „Völkischen Beobachters" wörtlich wiedergegeben ist. Auch der Name der Geschäftsstelle Alexander Duncker Verlag, Weimar, Lassenstraße 9, gibt, wie uns aus Weimar gemeldet wird, Gewähr dafür, daß es sich um ein antisemitisches Unternehmen handelt.

Syndikus Rennert — kein Jude,

Das „Deutsche Tageblatt" brachte in seiner Nummer vom 14. Juni eine Notiz, wonach der Syndikus eines Filmverbandes, Rennert, der große Schwindeleien begangen hat, Jude sein soll. Eingezogene Informationen an authentischer Stelle haben ergeben, daß Rennert, der früher Regierungsrat war, nicht Jude ist.

Reichszentrale für Heimatdienst.

Die Reichszentrale für Heimatdienst, eine dem Auswärtigen Amt angegliederte Organisation, die der Volksaufklärung dient, verfolgt laut Reichstagsbeschluß vom 5. Juli 1921 das Ziel „sachliche Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen" zu verbreiten. Sie ist ein überparteiliches Gebilde, das, wie sich wiederholt gezeigt hat, sich der Einsicht in die Notwendigkeit einer Aufklärung über den Antisemitismus nicht verschließt.

Die Reichszentrale unterhält im Lande folgende Abteilungen:

1. Brandenburg: Berlin W 35, Potsdamer Str. 41.
2. Ostpreußen: Königsberg i. Pr., Hansaring, Oberpostdirektion.
3. Schlesien: Breslau, Oberbergamt, Reichspräsidentenplatz 20.
4. Grenzmark: Schneidemühl, Krojanker Str., Regierungsgebäude.
5. Hamburg-Bremen: Hamburg, Ferdinandstr. 65.
6. Sachsen: Dresden-A., Schloßstr. 34/36, II.
7. Schleswig-Holstein: Kiel, Klinke 21.
8. Mitteldeutschland: Halle a. S., Reilstr. 128.
9. Thüringen: Erfurt, Johannesstr. 144.
10. Bayern: München, Schellingstr. 72.
11. Württemberg: Stuttgart, Christophstr. 34.
12. Baden: Karlsruhe i. B., Kaiser Allee 12.
13. Hessen: Frankfurt a. M., Platz der Republik 4.
14. Hannover-Braunschweig: Hannover, Herschelstraße 1.
15. Westfalen: Münster: Prinzipalmarkt 5.
16. Industriegebiet: Essen, Bürohaus „Glückauf", Friedrichstr., Zimmer 12.
17. Mecklenburg-Pommern: Schwerin i. Mecklenb., Rostocker Str. 30.
18. Siegerland: Siegen, Hindenburgstr. 7 (Industriehaus).

Wir bitten unsere Beamten und Freunde, mit den einzelnen Geschäftsstellen Fühlung zu nehmen und uns Mitteilung davon zu machen, welche Erfahrungen mit den örtlichen Stellen gemacht worden sind, welche Bedeutung ihnen im öffentlichen Leben zukommt und welche Arbeit von ihnen geleistet wird. Bei der Veranstaltung von Vorträgen kommt bei entsprechender Themenstellung möglichenfalls die Bereitstellung einschlägigen Materials in Frage.

Cunard-Line.

Ein Mitglied machte uns darauf aufmerksam, daß der Prospekt der Cunard Line auf der Rückseite mit Hakenkreuzen geziert war.

Unsere Erkundigungen bei der hiesigen Geschäftsstelle ergaben, daß die Hakenkreuze in England allgemein als Glücksymbol betrachtet werden und auch nur als solches zu Verzierungszwecken Verwendung gefunden hätten. Auf eine judenfeindliche Tendenz dürfe in diesem Falle keineswegs geschlossen werden. Beweis dafür sei u. a., daß der Leiter der Cunard Line in Hamburg selbst Jude ist.

Verein für das Deutschtum im Auslande.

Von folgendem Schriftwechsel, der seitens des Oberrats der badischen Israeliten, Karlsruhe, nach von uns eingeholten Informationen mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland geführt wurde, geben wir hierdurch Kenntnis, da er einen wertvollen Beitrag für unsere Stellung zu dem V.D.A. liefert.

Der V. D. A. wandte sich mit folgendem Schreiben an den badischen Oberrat:

Weinheim, den 24. Sept. 1926.

Im Monat November gedenkt unser Landesverband eine große Werbewoche zu veranstalten. Sie soll durch Vorträge und geeignete Festlichkeiten in allen Schichten des badischen Volkes ohne Unterschied des Standes, der parteipolitischen Gesinnung und der Konfession ein lebendiges Verständnis für das Grenz- und Auslandsdeutschtum und dessen Bedeutung für die Zukunft des gesamtdeutschen Volkes erwecken. Sie soll durch Werbung neuer Mitglieder dem Verein die Mittel zuführen, deren er dringend bedarf, um unseren deutschen Brüdern im Auslande in ihrem schweren Daseinskampf um deutsche Art und Sitte, um deutsche Muttersprache und deutsche Schule hilfreich zur Seite zu stehen.

Wir sind überzeugt, daß unsere Werbewoche den erhofften Erfolg nur haben kann, wenn führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung uns ihre moralische Unterstützung zuwenden. Wir haben daher beschlossen, einen Ehrenausschuß zu gründen und richten an den Herrn Präsidenten Ihrer Behörde die ergebenste Bitte, diesem Ausschuß beizutreten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten würden, uns des Namens Ihres Herrn Präsidenten in unseren Werbeaufrufen und in der Presse zu bedienen, und wir ersuchen um gütige Rücksendung des beiliegenden Antwortformulars bis spätestens 3. Oktober.

Mit verbindlichstem Dank und in vorzüglicher Hochachtung

gez. Unterschrift.
Obmann des Landesverbandes Baden.

Es wurde daraufhin folgende Antwort erteilt:

Karlsruhe, 29. September 1926.

Aus Ihren gefälligen Mitteilungen habe ich ersehen, daß der Landesverband Baden des Vereins für das Deutschtum im Ausland im November eine Werbewoche veranstalten wird, die in allen Schichten des badischen Volkes ohne Unterschied des Standes, der parteipolitischen Gesinnung und der Konfession ein lebendiges Verständnis für das Grenz- und Auslandsdeutschtum und seine Bedeutung für die Zukunft des gesamtdeutschen Volkes erwecken soll.

Für Ihre Aufforderung zum Beitritt in den geplanten Ehrenausschuß danke ich verbindlichst und gebe Ihnen in der Anlage meine Zusage.

Hierzu bemerke ich: es gereicht mit als Vorsitzendem unserer Behörde, aber auch persönlich, zur Freude, für einen deutsch-vaterländischen Zweck durch meine Unterschrift unter den beabsichtigten Aufruf eintreten zu können; Ihr Ziel, unseren deutschen Brüdern im Auslande in ihrem schweren Daseinskampf um deutsche Art und Sitte, um deutsche Muttersprache und deutsche Schule hilfreich zur Seite zu stehen, liegt auch mir durchaus am Herzen.

Meiner Zusage gingen allerdings gewisse Bedenken voraus: es wurde mir gelegentlich mitgeteilt, daß Gelder Ihres Vereins für auslandsdeutsche Schulen verwendet werden, welche die Auswahl der Schüler nach völkischen Rassegrundsätzen vornehmen; gegenüber der großen allgemeinen Bedeutung Ihrer Bestrebungen für das Deutschtum habe ich aber diese Bedenken zurückgestellt, zumal aus Ihrer Zuschrift hervorgeht, daß Sie sich an alle Kreise und Schichten unseres Volkes wenden und damit zum Ausdruck bringen, daß Ihre Bestrebungen keinen Unterschied unter denen machen, die sich zum Deutschtum bekennen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Unterschrift.

Der V. D. A. erwiderte darauf das Folgende:

Weinheim, den 3. Oktober 1926.

Sehr geehrter Herr Professor!

Für Ihren Beitritt zu unserem Ehrenausschuß spreche ich Ihnen unseren verbindlichsten Dank aus.

Was die am Schluß Ihres Schreibens geäußerten Bedenken betrifft, habe ich den Hauptvorstand in Berlin davon in Kenntnis gesetzt und hoffe, Ihnen nach einiger Zeit eine befriedigende Antwort geben zu können. Ich kann Sie aber versichern, daß unser Verein jede Rassenpolitik grundsätzlich ablehnt und dieses wiederholt auf seinen großen Tagungen mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht hat. Wir betätigen uns lediglich auf kulturellem Gebiete, und sowohl unsere Hauptleitung als auch unser badischer Landesverband wahren in dieser Richtung die allerstrengste Neutralität. Wir sind allerdings noch bei Leuten, die unsere Bestrebungen nicht genau kennen, Verdächtigungen ausgesetzt, hoffen aber alle Mißverständnisse, die häufig darauf beruhen, daß man uns mit dem Alldeutschen Verband indentifiziert, durch allmähliche gründliche Aufklärungstätigkeit aus dem Wege räumen zu können. Was die von uns unterstützten Schulen betrifft, so weiß ich aus ganz positiver Quelle, daß z. B. die Schulen der Siebenbürger Sachsen von sehr vielen Schülern jüdischen Bekenntnisses besucht werden.

Indem ich Sie bitte, auch Ihre Kirchenbehörden auf unsere Werbewoche aufmerksam zu machen, bin ich in ausgezeichneter Hochachtung Ihr ergebenster

gez. Unterschrift.

In Ergänzung dieses Schreibens erging wenige Wochen darauf das folgende:

Weinheim, den 16. November 1926.

Sehr geehrter Herr Professor!

Mittlerweile hat auch der Hauptvorstand auf mein Schreiben geantwortet. Er ist der Meinung, daß er eine Auskunft auf mißverständliche Aeußerungen und Beschuldigungen nur geben kann, wenn ihm ganz bestimmte Schulen genannt werden, die angeblich die Schüler ihrer vom Verein unterstützten Anstalten nach rassemäßigen Grundsätzen auswählen. Im übrigen glaubt die Hauptleitung feststellen zu dürfen, daß Sie selbst durch die Unterzeichnung des Aufrufs und Ihren Beitritt zum Ehrenausschuß jene Bedenken als ungerechtfertigt ansehen. Das Berliner Schreiben befindet sich bei den Akten, die der heute leider verreiste Geschäftsführer in seiner Wohnung hat; ich werde es Ihnen in den nächsten Tagen zugehen lassen. Ich möchte im Interesse unserer Zusammenarbeit auch mit Ihrer geschätzten Kirchenbehörde und unseren israelitischen Mitbürgern in Baden hoffen, daß hiermit diese Angelegenheit als erledigt betrachtet werden kann. Es werden gegen unseren Verein ja so viele Einwände von allen Seiten her erhoben, daß es mich nicht wundert, wenn ab und zu allgemein gehaltene Behauptungen aufgestellt werden, die sich, was doch entscheidend sein müßte, so gut wie gar nie auf greifbare Einzelfälle stützen. Ich bin selbst auch seit Jahren Mitglied des Hauptvorstandes, ich kann Sie aber versichern, daß noch niemals auch der leiseste Versuch gemacht worden wäre, Rassefragen mit unserer kulturellen Betreuungsarbeit zu verquicken. Ein solches Unterfangen hätte ganz gewiß die einmütige Ablehnung der Mitglieder

des Hauptvorstandes gefunden, die den verschiedenen Parteien und Berufsständen angehören. Maßgebend für all unser Wirken war lediglich der Gedanke, unseren bedrohten deutschen Brüdern in ihrem schweren Daseinskampfe ohne Unterschied ihres Standes und ihres Bekenntnisses beizustehen. Andere Erwägungen haben unser Handeln nie bestimmt. Die Wertschätzung, deren wir bei der Reichsregierung und den Regierungen der Länder, sowie bei den kirchlichen Behörden aller Bekenntnisse erfreuen, sind ein beredtes Zeugnis für die wahrhaft überparteiliche, neutrale Arbeit, die wir im Dienste unseres Volkstums leisten. Ich habe selbst schon jahrelang gegen falsche Auffassungen kämpfen müssen. Aber Jahr für Jahr haben sich die Nebel gelichtet, und wenn wir allmählich mit unseren Bestrebungen auch in die Kreise unserer israelitischen Mitbürger haben eindringen können, so freut dies niemanden mehr als mich selbst. Des Zankes und des Haders haben wir wahrhaftig in Deutschland genug erlebt; wir müssen uns endlich von den vielen Schlagworten befreien, die unser ganzes Dasein zu vergiften drohen, und uns zu einer großen Schicksalsgemeinschaft zusammenfinden und ein Volk werden. Wenn unsere Mitbürger jüdischen Glaubens so gerne und freudig an dieser deutschen Zukunftsaufgabe mitarbeiten, wie ich dies nach dem regen Interesse, das Sie für unsere Arbeit bekunden, bei Ihnen voraussetzen darf, haben wir einen bedeutenden Schritt zur inneren Einigung weitergemacht. Ich möchte hoffen, sehr verehrter Herr Professor, daß mir bald einmal das Vergnügen geschenkt wird, Sie persönlich kennen zu lernen, und bin mit verbindlichstem Dank für Ihre Bemühungen . . . .

Das Schreiben des Hauptvorstandes des V. D. A. lautet folgendermaßen:

Berlin, den 23. 10. 26.

Sehr geehrter Herr Professor!

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 17. d. M. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß es eigentlich kaum notwendig sei, zu dem Schreiben des Vorsitzenden des Badischen Oberrats der Israeliten, Herrn Dr. X., besonders Stellung zu nehmen.

Herr Dr. X. hat ja schon selbst seine ursprünglichen Bedenken gegen die Unterschrift zurückgestellt, wohl in der Hauptsache aus dem Grunde, weil er eingesehen hat, daß sie nicht stichhaltig seien. Es werden ja, wie Sie selbst wissen, gegen unseren Verein von allen möglichen Seiten soviel gänzlich unberechtigte Verdächtigungen gerichtet, daß es gar nicht möglich ist, sie alle zu entkräften. Zu diesen durchaus unbegründeten Vorwürfen gehört auch der von Herrn Dr. X. angeführte, daß „Gelder unseres Vereins für Auslandsdeutsche Schulen verwendet würden, welche die Auswahl der Schüler nach völkischen Rassegrundsätzen vornehmen." Ob das tatsächlich vorgekommen ist, läßt sich doch nur nachprüfen, wenn bestimmte Schulen benannt werden. Dessen ist sich ja Dr. X. sicher auch selbst bewußt geworden.

Im übrigen geht ja, wie Herr Dr. X. auch zugibt, aus unserem Aufruf für die Werbewoche hervor, daß wir „keinen Unterschied unter denen machen, die sich zum Deutschtum bekennen."

Der Badische Oberrat brachte den Briefwechsel durch die folgende Aeußerung zum Abschluß:

22. November 1926.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich bestätige ergebenst den Empfang Ihrer beiden Schreiben vom 16. und 17. ds. Mts.; den mir übersandten Brief des Berliner Hauptvorstandes gebe ich in der Anlage zurück. Zu dessen Aeußerung möchte ich bemerken:

Meine ursprünglichen Bedenken hatte ich zurückgestellt, weil ich gerne an meinem Teil für einen deutsch-vaterländischen Zweck eintrete. Die Mitteilungen, die ich früher gelegentlich erhalten hatte, stammen aus zuverlässiger Quelle, doch ich möchte hierauf im jetzigen Augenblick nicht mehr eingehen.

Ich bin nunmehr davon überzeugt, daß der Gesamtverein Abhilfe schaffen wird, wenn eine nachgewiesene Verletzung der von Ihnen dargelegten Grundsätze zu seiner Kenntnis gelangen sollte.

Für die Ausführungen Ihres Briefes vom 16. ds. Mts. danke ich Ihnen ganz besonders: Ihre Worte über unsere Volkseinheit sind mir aus dem Herzen gesprochen, und auch ich werde mich freuen, wenn ich Gelegenheit haben werde, mich mit Ihnen über Ihre Bestrebungen weiter zu unterhalten.

Neueste Vorgänge beim D. Ö. A. V.

In Nr. 13 der „Mitteilungen des D. Ö. A. V." schilderte Wilhelm Lehner seine Erholungstage „am Samerberg" u. a. mit den Worten:

„. . . Auch ohne Hakenkreuz und ähnliches hielt sich die Bewohnerschaft des Samerberges die unerwünschten semitischen Gäste und die gesprächigeren Brüder aus dem Norden Deutschlands ferne."

Dies gaben wir in Nr. 31 der „C. V.-Zeitung" bekannt. Darauf erhielten wir ein Schreiben des Verkehrsverbandes München und Bayerische Alpen e. V., in dem uns mitgeteilt wurde, daß sich der Verband an den Gemeinderat zu Törwang und zu Frasdorf gewandt habe, mit der Anfrage, ob die Behörden die Auffassung des Herrn Lehner teilen. Es heißt in dem Schreiben wörtlich:

„Wenn Sie im Gegensatz zu Herrn Lehner der Ansicht sind, daß Ihnen auch Gäste aus dem Norden und jüdische Gäste willkommen sind, wollen Sie uns das bitte zum Ausdruck bringen, worauf wir der „C. V.-Zeitung" gegenüber Ihre Interessen vertreten werden."

(Frasdorf und Törwang sind die Talstationen für den Samerberg.)

Wenige Tage, nachdem wir von diesem Schritt des Fremdenverkehrsverbandes in Kenntnis gesetzt worden waren, teilte uns der Verband weiter mit, daß der Schriftleiter der Deutsch-österreichischen Alpenzeitung ihm gegenüber erklärt habe, daß der beanstandete Passus in dem Artikel des Herrn Lehner durch ein Versehen der Druckerei stehengeblieben sei. In den „Mitteilungen" sei nur deshalb nicht darauf reagiert worden, damit nicht die Aufmerksamkeit des Publikums noch einmal auf die Sache gelenkt wurde.

Bühnen-Volksbund.

Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Nordhausen wandte sich mit folgender Anfrage an den dortigen Bühnen-Volksbund, eine von Zentrumskreisen gegründete Theatergemeinde:

„Einige Angehörige unserer Ortsgruppe haben die Absicht, dem Bühnenvolksbund beizutreten. Angesichts des Programmes des D. V. B., wonach er seine künstlerischen Ziele auf „christlicher und nationaler Grundlage" erstrebt, haben sie Bedenken, sich zu melden. Ich erlaube mir daher ergebenst, um Aufklärung darüber zu erbitten, in welcher Weise der Begriff „christlich und national" auszulegen, insbesondere ob darin eine judenfeindliche Tendenz zu finden ist."

Er erhielt darauf folgende Antwort:

„Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 11. September erwidere ich Ihnen für den z. Zt. auf einer Reise abwesenden Herrn Studienrat Dr. Schönherr, daß der

D. V. B. „christlich“ nicht eng konfessionell, „national“ nicht parteipolitisch auffaßt. Als Mitglieder sind uns alle christlich denkenden und deutsch fühlenden Männer und Frauen erwünscht. Ob darin eine „judenfeindliche“ Tendenz zu finden ist, ist ohne weiteres zu verneinen.“

Karin Michaelis über die Juden.

Im „Morgen“ Nr. 5 (erster Jahrgang) hat sich Herr Professor Dr. Goldstein mit der kleinen Broschüre von Karin Michaelis auseinandergesetzt, die über den „Fall d'Annunzio“ vor Jahresfrist erschienen ist.

Herr Professor Dr. Goldstein hatte die Gelegenheit benutzt, um auf die auch bei Karin Michaelis zu beobachtende nachgerade typisch gewordene Erscheinung hinzuweisen, daß eine irgend einmal zu irgendwelchem Zwecke aufgestellte Behauptung — hier die von d'Annunzio-Rappaports ostjüdischer Abstammung — als historische Wahrheit in die Literatur überzugehen beginnt. Ein Abzug des „Morgen“-Artikels war Karin Michaelis zugesandt worden. Die Schriftstellerin hat nun in einem sehr temperamentvollen Schreiben geantwortet, das wir auszugsweise hier wiedergeben:

Mein lieber Herr Prof. Dr. Julius Goldstein!

Erst heute komme ich dazu, Ihren Brief oder vielmehr Ihren zugeschickten Auszug aus „Der Morgen“ zu beantworten. Mitten in einer großen Arbeit konnte ich nicht.

Es tut mich mehr als leid, daß ich dies verfluchte Zeilen geschrieben habe. Wissen Sie, es ist ja geradezu irrsinnig, daß ich, die vielleicht eine der größte Philosemiten, die leben, das eben ich Worte schreiben sollte, die dazu dienten, die Juden zu kränken. Ich kann nur sagen, was ich auch Professor Warburg in Hamburg (der mich deshalb geschrieben und dem ich im Vorsommer besuchte) gesagt habe: In meiner Streit mit d'Annunzio war es mich derart auffallend, daß er sich einnisten konnte unter Mobilien und Kunstschätze, die ihm nicht angehörte. Ich dachte, wie ist es möglich? Dachte dann, weil man mir gesagt hatte, daß er Rappoport geboren war. Aha, er ist fremd. Er lebt nicht unter seine eigene Kultur. Er ist aus Polen. Deshalb fühlt er sich gerade so wohl da wie dort, wenn er überhaupt fremd ist. Ich gehöre sogar zu den Philosemiten, die sonst nicht einmal zugibt, daß es auch nicht herrliche Juden gibt.

Vor mehr als ein halbes Jahr habe ich meine Verleger auf meinen Irrtum aufmerksam gemacht und ihm gebeten, falls neue Auflage, sofort diese Sache zu ändern. Bis heute ist, glaube ich, keine Neuauflage erschienen, weil das erste sehr groß war.

Jetzt werde ich Sie etwas anders erzählen. Als nun diese Sache geschehen war und ich sehr betrübt, dann schrieb ich eine Feuilleton „Warum ich die Juden so liebe . . .“ Und erklärte dort, wie ich von meiner ersten Kindheit, dort und nur dort Verständnis gefunden. Wie ich als Erwachsene den Juden fast aller Freuden schuldig bin. Die Gastfreundlichkeit, die nur Juden besitze, die Kunstliebe . . . . kurz — schön. Es wurde in „Prager Tagblatt“ veröffentlicht, und ich bekam Brief von Juden aller Alter, aller Verhältnisse, so wunderbare, daß ich weinen mußte, während ich sie las. Aber — — denken Sie nur, ich die heute ganz Mitteleuropas Presse zur Verfügung habe, ich konnte diese Artikel, der so schön und wahr und klug, (ich meine klug, weil nicht übertrieben oder überschwänglich) ich konnte ihn in keine deutsche Zeitung unterbringen. Warum: „Deutsche Allgemeine“ . . . Sie verstehen warum! Obwohl ich den Chefredakteur alles versprach, wenn er es nehmen wollte, Berliner Tageblatt, Vossische, alle alle sagten sie dasselbe: Man schimpft uns ohnehin Judezeitung . . . Also. Frankfurter auch. Ueberall. Allgemeene Handelsblatt in Amsterdam nur wollte ihn deshalb nicht haben, weil „im Holland kennen wir keinen Judenhaß überhaupt“.

Ich habe so ausführlich geschrieben, weil ich nicht aushalten kann, daß „meine Juden“ wegen mir trauern sollen.

Herzliche Grüße Ihre

(gez.) Karin Michaelis.

Professor Lienhard.

Wer über die an den Besuch von Frau Dr. Edelheim bei Professor Dr. Friedrich Lienhard in Weimar anknüpfenden Angriffe gegen Lienhard Näheres erfahren will, wende sich mit der Bitte um Ueberlassung des Materials an uns.

„Der Sturm“.

Die von Georg Quindel herausgegebene völkische Wochenschrift „Der Sturm“ in Hannover hat mit Ablauf des vorigen Quartals ihr Erscheinen eingestellt. Die Gründe dafür dürften wohl finanzieller Art sein.

Wirtschaftspolitische Mitteilungen.

N. A. G. und G. D. A.

Es wurde uns gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß die „N. A. G.“ (Nationale Automobil-Gesellschaft) sowie die ihr angeschlossene „G. D. A.“ (Gemeinschaft deutscher Automobilfabriken) nicht von Juden kaufen und auch keine jüdischen Angestellten haben. Wir leiteten Nachforschungen ein und stellten das Folgende über die Verhältnisse in den beiden Gesellschaften fest:

Im Aufsichtsrat der „N. A. G.“ befinden sich neben den Geheimräten Deutsch und Mamroth noch drei jüdische und drei christliche Herren. Die „G. D. A.“ ist von der „N. A. G.“ begründet worden und wird von ihr als Verkaufsorganisation dirigiert. Unter dem Personal der „N. A. G.“ befinden sich etwa 25 jüdische Angestellte. Der relativ geringe Prozentsatz erklärt sich aus der Zusammensetzung des Betriebes, der verhältnismäßig wenig Stellungen für diejenigen sozialen Schichten aus denen die deutsche Judenheit größtenteils zusammengesetzt ist, bietet. Auf unsere Anfrage hin wurde die Personalfrage sofort mit dem Personalchef besprochen. Es ergab sich, daß hinsichtlich etwaiger Benachteiligung jüdischer Bewerber keine Einwände bestehen.

Im Verkauf werden vielfach frühere Offiziere beschäftigt, die häufig sehr erfolgreich tätig sind und im Verkehr mit Behörden, Großindustriellen und ähnlichen Kreisen, — ihre Fähigkeit und Zuverlässigkeit vorausgesetzt —, leichtere Arbeit haben. Nach der politischen Anschauung wird selbstverständlich nicht gefragt. Völkische Betätigung wird aber in den meisten Fällen zur Entlassung führen, was auch bereits vorgekommen ist. Eine Auswahl der Fabrikanten nach konfessionellen Gesichtspunkten ist ausgeschlossen. Die Dispositionen erfolgen nach rein geschäftlichen Grundsätzen.

Die Personalpolitik der A. E. G.

Vor einiger Zeit erhielten wir eine Zuschrift aus Angestelltenkreisen, die darauf hinwies, daß nach Zeitungsmeldungen und persönlichen Informationen die Bildung einer trustartigen Vereinigung zwischen der A. E. G. und den Siemens-Schuckert-Werken geplant sei. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Fusion die Gefahr in sich schließe, daß die als judenfeindlich bekannte Angestelltenpolitik der Siemens-Schuckert-Werke die Oberhand gewinne über diejenige der A. E. G.

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, sind direkte Verhandlungen zwischen der A. E. G. und den Siemens-Schuckert-Werken nicht geführt werden. Es wird jedoch auf Veranlassung eines bekannten amerikanischen Finanzmannes der Zusammenschluß der gesamten deutschen Elektrizitätsindustrie geplant. Ueber die besonderen Verhältnisse in der Personalpolitik der A. E. G. ist uns folgendes bekannt geworden:

Es gibt bei der A. E. G. kein besonderes Personalressort, sondern die Personalien jeder einzelnen Abteilung werden von dem betreffenden Abteilungsleiter bearbeitet. Von einem, wie auch immer gearteten judenfeindlichen Einfluß kann in der Personalpolitik der A. E. G. keine Rede sein. Wenn es einmal vorgekommen sein mag, daß in einem einzelnen Falle für eine bestimmte Aufgabe ein christlicher Angestellter für geeigneter angesehen wurde, als ein jüdischer, so dürfen keineswegs judenfeindliche Beweggründe dafür angenommen werden. Es handelte sich dann in der Tat um die Eignungsfrage, die bei der Besetzung von Stellen jederzeit den Ausschlag zu geben hat. Dieser Fall beweist, daß man in der Beurteilung derartiger Verhältnisse äußerste Vorsicht anzuwenden hat und daß Verallgemeinerungen von Einzelfällen gerade in dieser Beziehung zu unrichtigen Schlüssen führen können.

Die Berufsverschiebungen von 1907 bis 1925.

In dem neuesten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ werden die weiteren Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1925 veröffentlicht. Besonders interessant ist die Gegenüberstellung der Resultate für den Freistaat Württemberg, die einen Vergleich darüber gestattet, wie sich die Lage von 1907, dem Jahr der letzten Berufszählung vor dem Kriege bis 1925 verschoben hat. In Württemberg, wie auch in vielen anderen deutschen Staaten, hat sich die Zahl der selbstständigen Existenzen im Ganzen wenig verändert; die Selbständigen in der Landwirtschaft haben um 0,9 v. H. abgenommen, dagegen ist ihre Zahl im Gewerbe um etwa 7 v. H. und im Handel um etwa 24 v. H. gestiegen. Die Schicht der Angestellten hat sich im Ganzen verdoppelt, die Zahl der weiblichen Angestellten allein ist sogar über dreieinhalbmal so groß als im Jahre 1907. Die Arbeiterschaft hat gegenüber dem Vergleichsjahr um ein Viertel zugenommen. Die mithelfenden Familienangehörigen, deren richtige Erfassung die meisten Schwierigkeiten bereitet, haben den größten Zuwachs in der absoluten Zahl zu verzeichnen. Die allgemeine Erscheinung des Rückgangs der Hausangestellten ist auch in Württemberg nachzuweisen. Ohne daß aus diesen Zahlen auf die Bedeutung der Wirtschaftsgruppen im Rahmen der gesamten deutschen Volkswirtschaft endgiltige Schlüsse gezogen werden können, zeigt sich doch aus den bisher einheitlich feststellbaren Grundtendenzen der Entwicklung die Zunahme der Erwerbstätigkeit, insbesondere der Frauenarbeit.

Wie weit davon die einzelnen Konfessionen betroffen werden, ist aus den Zählungsresultaten nicht ersichtlich, aber wer ein offenes Auge für wirtschaftliche Entwicklungen hat, dem wird die Tatsache der immer weiteren Industrialisierung und Proletarisierung der jüdischen Frau in Deutschland nicht verborgen geblieben sein. Ob wir vom Reiche oder den Ländern derartige Spezialzählungen erwarten können, wenn der Zeitpunkt für derartige Veröffentlichungen herangerückt sein mag, entzieht sich vollständig der Berechnung. Aber nicht ausgeschlossen erscheint es, daß jüdische Organisationen und Landesverbände sich das Grundmaterial verschaffen können, um durch eigene Auszählungen die Struktur der Gemeinschaft des deutschen Judentums klar und deutlich erkennen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß eine solche Statistik geeignet ist, die Märchen und Legenden über das „parisitäre Judentum“, wie sie noch immer von den Deutschvölkischen und ähnlichen Parteigruppen verbreitet werden, vollständig zu widerlegen.

Erfolge unserer literarischen Aufklärungsarbeit.

Aut Zusendung einiger aufklärender Schriften antwortete ein Münchener Professor mit einer Karte folgenden Inhalts:

> „Vielen Dank für Ihre reiche Sendung. Am meisten interessierten mich, von unserer Hamburger Unterhaltung her, die Protokolle; die Sache ist allerdings ungeheuerlich, und man faßt sich an den Kopf, daß so hanebüchener Blödsinn auch nur einen Moment ernst genommen werden konnte. Leider schreibt Segel mir zu affektvoll, rhetorisch, journalistisch breit; für mich wäre eine streng sachliche Darstellung auf etwa ein Viertel des Raumes eindrucksvoller. Auch Steiger hat mir viel wertvolle Belehrung gegeben. In die anderen habe ich mehr nur hineingesehen, und sie für ruhigere Stunden — inschallah gibt es einmal im Leben welche — zurückgestellt.
>
> Mit herzlichen Grüßen.“

*

Ein Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe richtete an uns folgendes Schreiben:

> „Ich danke Ihnen ergebenst für die Zusendung Ihrer Zeitung und ich bitte, sie mir auch künftig zu senden. Ich bin gern bereit, die Monatsausgabe zu abonnieren.
>
> Ich kann, wenn ich Ihre übrigens offenbar sehr gute und maßvolle Zeitung lese, ein Gefühl des Verdrusses kaum unterdrücken, des Verdrusses darüber, daß solche Dinge überhaupt noch gesagt werden müssen. Ich weiß so gut wie Sie, daß das leider notwendig ist, und ich wünsche Ihnen als ein guter und aufrechter Protestant und Deutscher den besten Erfolg.“

*

Die Gattin eines hohen christlichen Beamten bestätigte uns den Empfang der C. V.-Zeitung mit folgendem Schreiben:

„Seit einiger Zeit wird mir die C. V.-Zeitung kostenlos zugesandt. Ich möchte Ihnen heute nicht nur herzlich dafür danken, sondern Ihnen sagen, daß ich Ihr Blatt stets mit größtem Interesse gelesen habe. Die C. V.-Zeitung führt nicht nur gegebenenfalls einen durchaus vornehmen Abwehrkampf, sondern steht auch literarisch auf einer Höhe, daß es eine Freude ist, sie zu lesen. Ich bin (um mit einem völkischen Ausdruck zu sprechen) Arierin, halte aber den heutigen Antisemitismus für ein nationales Unglück. Aus diesem Empfinden heraus schreibe ich Ihnen.

Hochachtungsvoll

gez. Unterschrift."

*

Ein pommerscher Industrieller schreibt uns:

„Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen für die Gratisübersendung der C. V.-Zeitung, Monatsausgabe, meinen verbindlichsten Dank ausspreche. Ich lese sie mit großem Interesse und entnehme aus ihr reiches Material, das mir wertvolle Hilfe verschafft in dem so schweren Kampf gegen den kulturfeindlichen Antisemitismus. Ein jeder, der Ohren hat zu hören und Augen hat, zu sehen, muß die ungeheure Gefahr der antisemitischen Hetze erkennen lernen. Und die größte Gefahr sehe ich in ihrer moralischen Auswirkung. Nur der kann zu einer sittlichen und moralischen Höhe gelangen, der immer strebend sich bemüht, vor allem sich selbst zu erkennen; und wenn ich für alle Fehler und für alles Böse und Schlechte, was in der Welt vorkommt, gleich von vornherein einen Prügelknaben bereit habe, brauche ich ja garnicht erst in mein Inneres zu schauen. Antisemit kann nur jemand sein, der noch nie über sich selbst nachgedacht hat, über sich selbst nicht und auch über sein eigenes Volkstum nicht.

Ich danke Ihnen nochmals für die Zusendung der Zeitschrift und ich werde sie mit regem Interesse weiterlesen, wenn Sie die Güte haben werden, sie mir auch für die Folgezeit zustellen zu lassen."

*

Ein Staatsanwalt schreibt in einem längeren Brief u. a. das Folgende:

„Ich danke Ihnen insbesondere auch für die regelmäßige Ueberweisung der C. V.-Zeitung, die wohl auf Ihre Veranlassung erfolgt ist, und würde mich sehr freuen, wenn ich die Zeitung, deren Inhalt ich mehrfach in meinen Reden und Vorträgen mit Nutzen verwendet habe, auch an meinem neuen Wohnort regelmäßig erhalten könnte."

*

Ferner ging das folgende Schreiben ein:

„Seitdem ich für die Deutsche Hochschule für Politik eine Reihe von Vorträgen im Auswärtigen Amt übernommen habe, hatten Sie die Freundlichkeit, mir Ihr Blatt regelmäßig zuzustellen. Mit besonderem Interesse habe ich den Leitartikel in Nr. 42 gelesen, dessen Ausführungen im wesentlichen auch meiner eigenen Auffassung entsprechen. Ich möchte Sie bitten, mir den genauen Titel und den Erscheinungsort der in diesem Artikel genannten Zweimonatsschrift „Der Morgen" aufgeben zu wollen und begrüße Sie

hochachtungsvoll

gez. Unterschrift."

Briefwechsel mit einem Geistlichen.

Von einem Freunde wird uns folgender Briefwechsel mit einem Geistlichen zur Verfügung gestellt, den wir hier abdrucken.

„Euer Hochwohlgeboren!

Mit der heutigen Post, am Versöhnungstage der Israeliten, erhielt ich ein Schreiben des Evang. Wohlfahrtsdienstes, durch das ich aufgefordert werde, mich an einem Werke der Nächstenliebe zum Weihnachtsfeste zu beteiligen. Nachdem das betreffende Schriftstück die Unterschrift Ihrer Hochwohlgeboren trägt, wollen Sie mir gestatten, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die mir sehr am Herzen liegt.

Ich will hier vorausschicken, daß ich mich in meinem ganzen Leben am Werke der Nächstenliebe beteiligt habe und bei dieser Gelegenheit viel mit Ihren Herren Amtskollegen in Berührung kam. Ich darf Herrn Dekan X, Frau Pfarrer Y, Frau Pfarrer Z, auch die Herren des katholischen Glaubens als Referenz aufgeben.

Es werden von mir seit vielen Jahren ca. 20 alte Leute der Stadt wöchentlich mit einem Laib Brot unterstützt. Auch das Armenamt Hof wird Ihnen sagen können, daß ich stets bereit bin, für die Armen einzutreten.

Es ist im allgemeinen nicht meine Art, in der Oeffentlichkeit über diese Tätigkeit zu sprechen. Es ist sogar eine Vereinbarung getroffen, in Stadtratssitzungen usw. einen Dank zu unterlassen. Ich bekannte mich stets zu den Menschen, die Geben als etwas Selbstverständliches betrachten. Andererseits hatte ich aber auch den Glauben, daß mir von Andersgläubigen wenigstens Gerechtigkeit widerfahren müßte. Leider ist dies jedoch nicht der Fall.

Ich komme nun zu der bereits oben erwähnten Angelegenheit. Anläßlich einer Besprechung in Ihren Kreisen wurde ein Einkauf erwähnt, den Ihre Gattin in meinem Geschäft tätigte und dabei sollen Sie geäußert haben, daß Ihre Frau Gemahlin nicht wußte, daß ich Jude bin. Eine andere Dame sagte, sie kaufe erst dann in einem jüdischen Geschäft, wenn alle Möglichkeiten, die Ware in einem anderen Hause zu bekommen, erschöpft seien. Es bleibt selbstverständlich jedem Menschen überlassen, seine Einkäufe zu tätigen, wo er will. Wenn aber gesagt wird, man unterstütze mit Einkäufen in jüdischen Geschäften das sogenannte jüdische Kapital, so wolle mir gestattet sein, dagegen schärfstens Stellung zu nehmen. Euer Hochwohlgeboren bitte ich das Folgende sagen zu dürfen:

Ich bin Rheinländer. Mein Großvater war Flaschnermeister, mein Vater wählte den gleichen Beruf, den er bis zum 70. Lebensjahr ausführte. Von sieben Brüdern wurde ich als einziger Kaufmann, die anderen lernten ein Handwerk.

Als 14 jähriger Junge kam ich in die Fremde und mußte meinen Weg suchen. Meine Eltern sind heute über 80 Jahre und schon seit reichlich 20 Jahren muß ich sie unterhalten, weil sie nicht mit Glücksgütern gesegnet und nach den Ereignissen der letzten Jahre verarmt sind. Auch ich selbst lebe in bescheidenen Verhältnissen. Ich arbeite zum Wohle meiner Familie, für meine zahlreichen Angestellten und Arbeiter und zum Wohle derer, die in Not und Elend leben.

Sehen Sie, Herr Dekan, hier etwas von jüdischem Kapital? Glauben Sie, wenn Ihre Gattin in meinem Geschäft für Mk. 10,— Ware gekauft hat, daß sie damit jüdisches Kapital unterstützt? Ich darf andernfalls sagen, daß ich zum großen Teil bei christlichen Lieferanten meine Einkäufe tätige.

Es geht bei diesen Aufzeichnungen nicht in das Materielle, oder gar darum, Sie als Käufer für mein Geschäft zu gewinnen. Nein, es geht um die Liebe zum Nächsten, zum Mitmenschen, ein Wort, das wohl der Kernpunkt aller Religionen ist.

Ein Amtskollege von Ihnen erzählte mir vor nicht langer Zeit, daß ihm in einem christlichen Geschäft ein Angebot in Knabenbekleidung gemacht wurde. Er entgegnete dem betreffenden Herrn, daß er die Artikel durch mein Geschäft beziehe.

Der Kaufmann sagte: „Wissen Sie denn nicht, daß Sie dann in einem jüdischen Geschäft kaufen?" Darauf der Herr Pfarrer: „Gerade deswegen kaufe ich dort, weil ich besser und reell bedient werde."

Ich habe mich heute am Versöhnungstage der Israeliten gefreut, daß man mich einlud, zum Weihnachtsfeste, dem Feste des Friedens mitzuwirken, die Armen zu beglücken. Nachdem das Schriftstück die Unterschrift Ew. Hochwohlgeboren trug, wollte ich nicht unterlassen, Ihnen Herr Dekan, als Haupt der evangelischen Kirchengemeinde zu sagen, daß mir Ihre und die Aeußerungen der Anderen sehr wehe taten."

Drauf ging folgende Antwort ein:

„Sie hatten die Freundlichkeit, in längeren Ausführungen zu einem Schreiben des Evangel. Wohlfahrtsdienstes Stellung zu nehmen, das durch den Gemeindehelfer ohne meine Veranlassung an Sie gerichtet war. Ich bedauere außerordentlich, daß Sie sich verletzt fühlen durch eine Aeusserung meinerseits, die offenbar völlig entstellt und aus dem Zusammenhang gerissen, Ihnen überbracht wurde. Ich bin gerne bereit, darüber Aufklärung zu geben, wenn Sie sich einmal dazu entschließen können, mir einige Minuten zu schenken.

In der kurzen Zeit meiner hiesigen Amtsführung konnte ich zu meiner großen Freude die Spuren Ihrer Menschenfreundlichkeit erkennen. Ich habe durchaus keinen Grund, an der Wahrheit Ihrer im höchsten Maße sozialen Gesinnung zu zweifeln, andererseits widerstrebt es mir, an die Zurückweisung von offenkundigen Mißverständnissen, wie sie Ihnen überbracht worden sind, Zeit zu wenden."

Der in diesem Brief erbetene Besuch fand statt. Es ergab sich dabei, daß die Angaben über die Aeußerung des Geistlichen nicht auf Wahrheit beruhten. Er bekannte sich vielmehr als Freund des Judentums.

Innerjüdisches.

Der Tätigkeitsbericht Sir Herbert Samuels.

Die Zusammenfassung, die wir in Nr. 2 des „C. V.-Dienstes" veröffentlicht haben, hat in der „Jüdischen Rundschau" (Nr. 65) vom 20. August einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man hat sich dort nicht gescheut, uns grobe Fahrlässigkeit und Ahnungslosigkeit in jüdischen Dingen vorzuwerfen, ja, man unterstellt uns sogar „bewußte Fälschung". Wir haben bereits in Nr. 3 des „C. V.-Dienstes" darauf hingewiesen, daß wir auf die Vorwürfe der „Jüdischen Rundschau" eingehend antworten werden. Wir haben *garnichts zu beschönigen* oder zu verleugnen und sind auch durchaus bereit, Fehler, die natürlich in jedem Bericht vorkommen können, ohne weiteres zuzugestehen. Was wir aber beklagen und zurückweisen, ist der Ton der Gehässigkeit und der Unsachlichkeit, der uns aus dem andern Lager immer wieder entgegenhallt.

Die Denkschrift Sir Herbert Samuels hatten wir bald nach ihrem Erscheinen bereits im vorigen Jahre einem bekannten Wirtschaftspolitiker, mit der Bitte um Uebersetzung und Anfertigung eines Gutachtens übergeben. Da es nicht möglich war, das umfangreiche Referat von ungefähr 60 Folioseiten für unsere Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder zu vervielfältigen, wollten wir ihnen wenigstens durch einen *kurzen Auszug* Kenntnis von dem Inhalt der Denkschrift geben. Dieser Auszug wurde von einem unserer Mitarbeiter im Reiche angefertigt. Es war dem betreffenden Herrn *nicht* bekannt, daß es sich bei der Uebersetzung nur um eine *sinngemäße* und nicht wörtliche Uebertragung handle, auch hatte er das englische Original nicht zur Hand. Schon hieraus erklären sich verschiedene Unstimmigkeiten zwischen der Uebersetzung und der im „C. V.-Dienst" veröffentlichten Zusammenfassung. Außerdem gibt eine solche Zusammenfassung nur einen *Extrakt* aus dem Ganzen, und in der Verkürzung klingt manches schärfer als im Original.

Die *Einstellung* zu dem Problem „Palästina" wird stets *bei den Zionisten* eine *andere sein als bei Nichtzionisten*. Man muß in dem mit großer Vorsicht abgefaßten Bericht Samuels vieles beachten, was zwischen den Zeilen steht, und es ist begreiflich, daß die Zionisten alles aus der Denkschrift für sich zu verwerten suchen, was zu ihren Gunsten spricht. An der Gesamttendenz des Samuel'schen Berichtes ändern die Angriffe der „Jüdischen Rundschau" gegen uns garnichts. Samuel zollt zwar, und das haben wir in unserer Uebertragung seiner Denkschrift deutlich zum Ausdruck gebracht, der Aufbauarbeit der Zionisten in Palästina vollste Anerkennung, aber sein Rückblick ist und bleibt *voll kühler Sachlichkeit*, erst kommt bei ihm der Engländer, und dann noch einmal der Engländer, und fast unbemerkbar erscheint der *Jude* Samuel! In den kritischen Bemerkungen zu Samuels Bericht an den englischen Kolonialminister schreibt der Uebersetzer der Denkschrift noch viel schärfer als der Verfasser der kurzen Zusammenfassung im C. V.-Dienst: „Trotz aller Wärme, die er dem Lande Palästina entgegenbringt, ... liest sich sein Bericht vielfach nicht anders, als der eines englischen Gouverneurs von Jamaika oder irgend einer anderen Kronkolonie."

Daß *Samuel kein Anhänger des Zionismus* war und ist, hat er stets betont, seine Verwaltungspraktik in Palästina hat deshalb auch von zionistischer Seite andauernd Anfeindungen erfahren. Der Vortrag, den Samuel am 16. September in München gehalten hat, setzte nach dem Bericht eines Zuhörers die anwesenden Zionisten in Erstaunen. Sie hatten die Rede eines begeisterten Bekenners zum jüdischen Nationalstaat erhofft und mußten das Referat eines kühlen hohen englischen Verwaltungsbeamten hören, der ihnen sagte, daß es keine jüdische Staatsangehörigkeit gibt, sondern nur eine palästinische, und daß der palästinische Staat wohl niemals die jüdische Heimstätte sein wird, daß sich vielmehr in ihm nur ein Heim gründen lasse. Alles dies ist bereits in der Denkschrift enthalten.

Wir werden jetzt die Angriffe der „Jüdischen Rundschau" Punkt für Punkt durchgehen.

„Central-Vereins-Dienst" Nr. 2.

1. Die Verwaltung in Palästina war vom gleichen Geiste erfüllt, wie jede britische Verwaltung in Asien oder Afrika.

„Jüdische Rundschau".

1. (Es soll damit offenbar gezeigt werden, daß die Mandatarmacht Palästina als Kolonialgebiet und die Juden als eine Art von Niggern betrachtet. D. Red.) Wie äußert sich nun der Samuelsche „Report" in Wirklichkeit? Der Oberkommissar spricht auf Seite 44 davon, daß die Regierung trotz mancher Konflikte auf dem Wege zur Beruhigung Palästinas fortgeschritten sei. Als einer der Gründe dafür wird angegeben (S. 44 Abschn. 2): „The Administration was as active in promoting the welfare of the Arabs as if there had been no Zionist complication and no refusal to co-operate; it had been animated in this respect by the same spirit as any British Administration in Asia or Africa". Deutsch: „Die Verwaltung förderte die Wohlfahrt der Araber genau so, als ob es weder zionistische Schwierigkeiten, noch die Verweigerung der Mitarbeit gegeben hätte; in dieser Hinsicht ist sie vom gleichen Geist wie jede britische Verwaltung in Asien oder Afrika erfüllt gewesen."

Hier werden uns Dinge unterstellt, die nirgends stehen. Von der Behandlung Palästinas als einer „Niggerkolonie" ist nirgends die Rede. In dem Originalbericht stehen die Worte "by the same spirit", womit Samuel eben seine absolute Objektivität, über die wir oben gesprochen haben, andeuten will.

2. Die Verwaltung will kein jüdisches Palästina, keine Unterordnung der arabischen Bevölkerung oder ihrer Sprache und Kultur.

2. Dagegen der Originalbericht: „It (gemeint ist die Balfour-Deklaration) did not mean that the purpose in view was to create a wholly Jewish Palestine." (S. 27 Z. 20.) Deutsch: „Sie bedeutet nicht, daß die ins Auge gefaßte Absicht gewesen sei, ein völlig jüdisches Palästina zu schaffen."

In der Uebersetzung steht richtig: „Man will kein rein jüdisches Palästina". Das Wort „rein" fehlt zwar in der Zusammenfassung, was aber den Sinn kaum verändern kann, denn die Stelle kann doch nur den Sinn haben, daß England ein Ueberwiegen der jüdischen Bevölkerung nicht wünscht.

3. Nicht ganz Palästina soll nationale Heimstätte sein.

3. Ausnahmsweise beinahe richtig übertragen.

Diese Stelle will die „Jüdische Rundschau" gelten lassen.

4. Die zionistische Organisation soll keinen Anteil an der Verwaltung Palästinas haben.

4. Desgleichen.

Das Gleiche gilt für diese Bemerkung. Die starke Verkürzung im „C. V.-Dienst" gibt ihr allerdings eine etwas imperativische Form.

5. Die Nationalität, die die Bewohner Palästinas erwerben, gleich ob Juden oder Nichtjuden, kann nur die eines Palästinensers sein.

5. Im Englischen heißt es: „... that the nationality to be acquired by all citizens of Palestine, whether Jews or non-Jews, whether for the purpose of domestic law or of international status would be „Palestinian" and nothing else. (S. 27.) Deutsch: „... daß die von allen Einwohnern Palästinas ob Juden oder Nichtjuden, zu erwerbende Staatsangehörigkeit sowohl bezüglich ihrer rechtlichen Stellung im Lande wie in völkerrechtlicher Hinsicht nur palästinensisch sein könne und sonst nichts." Durch das Taschenspielerkunststück, das englische „nationality" mit dem deutschen „Nationalität" gleichzusetzen, wollte der ehrliche Uebersetzer beweisen, daß die Mandatarmacht in Palästina eine jüdische Nationalität nicht zu dulden geneigt sei.

Hier wird uns ein „Taschenspielerkunststück" vorgeworfen. Selbst wenn man das Wort „nationality" mit Staatsangehörigkeit übersetzt, würde es den Sinn dieser wichtigen Bemerkung garnicht verändern. Die interessanten Auseinandersetzungen Samuels auf Seite 26 seiner Denkschrift über den Begriff der Nationalität sowie seine Ausführungen in München beweisen wohl zur Genüge, daß unsere Auslegung jener Stelle zutreffend ist.

6. Es war ein Notabelnrat — Advisory Council — vorgesehen, bestehend aus 10 britischen und 10 arabischen Beamten; von letzteren sollten 7 Araber und 3 Juden sein. Das genügte den Arabern nicht, die die absolute Majorität für sich verlangten und durch ihr Fernbleiben den Notabelnrat zum Scheitern brachten. (Die Juden werden hier also zu den Briten oder Arabern gezählt!)

6. Hier muß ganz kurz der Sachverhalt wie er sich aus dem vorletzten und letzten Abschnitt des Berichtes auf Seite 44 sowie aus dem Schluß von Seite 45 bzw. dem Anfang von Seite 46 ergibt, gebracht werden: Oktober 1920 wurde ein sogen. „Advisory Council" eingesetzt, der aus 10 britischen Beamten und 10 Palästinensern, und zwar 7 Arabern, 4 Moslems und 3 Christen und 3 Juden bestand. Im August 1922 wurde die Schaffung eines Legislative Council angeordnet, der aus dem Oberkommissar, 10 ernannten Beamten und 12 gewählten Mitgliedern bestehen sollte. Die gewählten Mitglieder sollten 8 Moslems, 2 Juden und 2 Christen sein. Nachdem dieser Legislative Council infolge der arabischen Opposition

nicht zustande kam, wurde die Erneuerung des inzwischen aufgelösten Advisory Council vorgeschlagen. Dieser sollte die gleiche Zusammensetzung wie der vorgeschlagene Legislative Council haben. Nirgends im Bericht ist gesagt, daß die Juden den Briten oder Arabern zuzuzählen seien, nirgends ist es auch nur angedeutet, nirgends finden sich die Worte, „10 britische und 10 arabische Beamte".

Hier ist, wie wir gern zugeben, dem Verfasser der Zusammentassung ein Irrtum unterlaufen. In der Uebertragung heißt es richtig: „Infolgedessen errichtete ich im Oktober 1920 einen Notabelnrat, der aus zehn britischen Beamten und zehn Palästinern bestand, und zwar sieben Arabern, darunter vier Mohammedaner und drei Christen, ferner drei Juden."

7. „Mit jüdischer Heimstätte ist die Weiterentwicklung der bestehenden jüdischen Gemeinschaft mit der Unterstützung der Juden aller Länder gemeint, sodaß ein Mittelpunkt entsteht, der das gesamte jüdische Volk auf Grund seiner Religion interessiert, auf den es stolz ist." (Im Original nicht gesperrt.)

7. Hier soll also ein wörtliches Zitat vorgetäuscht werden. Im Original S. 28 ab Zeile 19 steht: „When it is asked what is meant by the development of the Jewish National Home in Palestine, it may be answered that it is not the imposition of a Jewish nationality upon the inhabitants of Palestine as a whole, but the further development of the existing Jewish community, with the assistance of Jews in other parts of the world, in order that it may become a centre in which the Jewish poeple as a whole may take, on grounds of religion and race, an interest and a pride." Race = Volkstum ist ausgelassen, durch gesperrten Druck sollte die Täuschung vollendet und hervorgehoben werden, daß England den Juden lediglich ein religiöses Interesse an Palästina zubillige.

Es kann garnicht die Rede davon sein, daß ein Zitat „vorgetäuscht" werden soll. Entgegen der Uebersetzung ist allerdings das Wort „Rasse" in der Zusammenfassung fortgelassen worden, was den Sinn der Stelle etwas verändert. Vielleicht ist das Wort „race" absichtlich gewählt worden. Das „race" unbedingt mit „Volkstum" übersetzt werden muß, dürfte umstritten sein.

8. Die auf Verlangen Churchills erteilte „Zustimmung" (von uns in „ " gesetzt) der zionistischen Exekutive nennt Herbert Samuel nichtssagend.

8. Im Originalbericht: „The Organisation in reply gave an unqualified assurance in the sense desired, and added that „it has at all times been sincerely desirous ot proceeding in harmonious co-operation with all sections ot the people ot Palestine." „Unqualified assurance" heißt, wie jedes Wörterbuch zeigen könnte, in diesem Zusammenhang natürlich nicht „nichtssagende Zustimmung", sondern „vorbehaltlose Zustimmung".

Auch die Uebersetzung des Wortes „unqualified" ist durchaus strittig, wir geben aber durchaus zu, daß hier die Uebertragung mit „voraussetzungslos" die zutreffende ist.

9. „Es erscheint zweifelhaft, ob eine jüdische Vertretung zur Klärung aller Fragen überhaupt eingerichtet werden kann."

9. Wir wären dem C. V.-Uebersetzer für Angabe der Seite im Originalbericht, auf der er diesen Passus gefunden hat, dankbar.

Diese Stelle befindet sich auf Seite 39/40 des Originals. Die Uebertragung ist natürlich nur sinngemäß vorgenommen.

10. Die Einwanderung von Juden zum Wiederaufbau ist erforderlich; sie kann aber nur so groß sein, wie die ökonomische Fähigkeit des Landes verträgt.

10. In schlechtes Deutsch sinngemäß übertragen.

Auch hierbei handelt es sich um eine etwas starke Verkürzung der Uebersetzung, bei der infolge eines Druckfehlers das Wörtchen „es" am Schluß der zweiten Zeile fortgelassen ist.

11. Die Juden besitzen von Palästina, das etwa 100 000 Quadratmeilen umfaßt und dessen anbaufähige Fläche etwa 50 000 Quadratmeilen beträgt, ungefähr 6% (3000 Quadratmeilen).

11. Ein Beweis für die gedankenlose Leichtfertigkeit der Uebertragung neben ihrer bewußten Unrichtigkeit. Alle Zahlen des Originals sind hier mit 10 multipliziert.

Hier ist infolge eines unangenehmen Druckfehlers tatsächlich eine Null zuviel an die Zahlen des Berichtes angehängt worden, die sich in der Uebersetzung richtig befanden. So unangenehm dieser Fehler ist, wie wir gern zugeben, am Sinn der Ausführungen ändert sich nichts, weil bei der entscheidenden Zahl „6%" die Null fehlt.

12. Auf den meisten Staatsländereien (in denen die Juden laut Deklaration besonders berücksichtigt werden sollen) sitzen Araber, die nicht vertrieben werden können. Das Land, das nicht Staatsland oder Privatbesitz ist, ist felsig und ohne Wasser. Für große Sumpfgebiete, die nach Entwässerung anbaufähig sind, ist die Konzession bereits an Syrer vergeben. Verfüg-

12. Es handelt sich um eine Zusammenfassung des im 2. Abschn. der S. 32 des Reports Gesagten. Es wäre zu weitläufig, hier den sehr ausführlichen englischen Text zu zitieren. Wir überlassen also die Nachprüfung unseren an der Sache interessierten und der englischen Sprache kundigen Lesern. Seite 32 Abschn. 2 handelt lediglich von Staatsland. Es ist nicht etwa darin gesagt, daß der palästinensische Boden, soweit er nicht Staatsland oder Privatbesitz ist, felsig und wasserlos sei.

bar sind noch 18 Quadratmeilen Sumpfland in den Sümpfen von Kabbara. Dieses Land ist auf 50 Jahre an die zionistische Organisation verpachtet und kann unter gewissen Bedingungen (?) weiter verpachtet werden. Sonst ist Pacht nur von den bisherigen Eigentümer möglich. Die Preise sind dreimal so hoch als vor dem Kriege, die Nachfrage groß, das Angebot gering.

Gesagt ist vielmehr lediglich: "On most of the State-lands Arab cultivators are settled, and possession cannot be transferred to others without injustice . . . Most of the rest is waterless or rocky; . . ." Deutsch: „Auf dem größten Teil der Staatsländereien sitzen Araber, der Besitz kann also nicht ohne Ungerechtigkeit auf andere übertragen werden ... Der größte Teil des Restes ist wasserlos oder felsig . . ." Es handelt sich also um den Rest des Staatslandes und nicht Palästinas. — Wenn im weiteren Verlauf des Abschnittes im C. V.-Dienst behauptet wird, daß 18 Quadratmeilen Sumpfland in den Kabbara-Sümpfen an die Zionistische Organisation verpachtet seien, so beweist wiederum der Uebersetzer, wie groß seine gewissenlose Bummligkeit gewesen ist. Am Schluß des 2. Abschnittes von Seite 32 heißt es nämlich: „Here an area of 18 square miles is now being drained and brought under cultivation, or planted with trees, by the Palestine Jewish Colonisation Association . . ." Deutsch: „Hier wird jetzt ein Areal von 81 Quadratmeilen von der P. J. C. A. drainiert und kultiviert und mit Bäumen bepflanzt . ."

Zum Schluß lautet es im englischen Original: "Large as is the demand, the quantity of land that is offered for sale is far in excess of the possibility of purchase." Deutsch: „Wenn auch die Nachfrage groß ist, übersteigt doch die Menge des zum Verkauf angebotenen Landes bei weitem die vorhandenen Kaufsmöglichkeiten." Der Uebersetzer hat also den Sinn des Satzes einfach in sein Gegenteil verkehrt.

Wir geben zu, daß man die Worte „most of the rest" auf „states-lands" beziehen kann. Dem Verfasser der Zusammenfassung ist leider ein Irrtum insofern unterlaufen, als er von einer Verpachtung des Landes „an die zionistische Organisation" spricht, anstatt, wie es auch in der Uebersetzung hieß, an die „Pica". Die „Jüdische Rundschau" spricht zwar voller Entrüstung von „gewissenloser Bummligkeit", macht aber schlankweg in ihrer Uebertragung aus „18 square-miles" „81 Quadratmeilen". Da wir nicht in den Ton der „Jüdischen Rundschau" verfallen wollen, enthalten wir uns hierüber aller weiteren Aeußerungen.

Die Stelle über den Landverkauf hätte allerdings heißen müssen: „Die Menge des angebotenen Landes übersteigt die Kaufmöglichkeit".

13. „In dem Vorwurf, daß die Regierung gegenüber den Juden untätig sei, ist ein Körnchen Wahrheit."

13. Sinngemäß wiedergegeben.

Die „Jüdische Rundschau" muß zugeben, daß es sich bei dieser Stelle, die sich auf Seite 40 des Originals bezieht, und die von entscheidender Bedeutung ist, um eine sinngemäße Wiedergabe handelt.

14. „Zu den Anweisungen, die ich gegeben habe, gehört auch die, wenig für jüdischen Landerwerb zu unternehmen."

14. Dieser Satz ist sowohl falsch übersetzt als auch in irreführender Absicht aus dem Zusammenhang gerissen. Auf Seite 40 Abschn. 2 des Originalberichtes heißt es: "From the Jewish side, . . . the complaint is often made that the Government is inactive in all these matters; that it does less than is required by the articles of the Mandate; that the up-building of the National Home has been left to the efforts . . . of the Jewish people themselves. So far as there is any truth in these criticisms it is the latter that has the Government has found it possible to do little in the provision of land for Jewish settlement." Deutsch: most substance. For the reasons that I have given „Von jüdischer Seite wird andererseits häufig die Klage erhoben, die Regierung sei in all diesen Angelegenheiten (vorher werden im Report die Klagen der Araber über Bevorzugung der Juden verzeichnet) untätig gewesen, sie habe weniger getan, als die Artikel des Mandates erforderten; der Aufbau des Nationalheims sei den Anstrengungen des jüdischen Volkes allein überlassen geblieben. Soweit diese Bemängelungen auf Wahrheit beruhen, haben die letzteren (d. h. die jüdischen) die berechtigste Grundlage. Aus den Gründen, die ich angegeben habe (nämlich auf Seite 32 im Abschnitt über Staatsländereien; Anm. des Uebers.) hat sich die Regierung für berechtigt gehalten, nur wenig für die Bereitstellung von Boden für die jüdische Ansiedlung zu tun." Die Regierung hielt sich also für berechtigt, im Gegensatz zum Mandatsvertrag weniger für die Judenansiedlung zu tun, als sie an und für sich mußte. Samuel weist damit die Klagen der Araber als unbegründet zurück.

Die „Jüdische Rundschau" gibt selbst zu, daß Samuel schreibt: „. . . hat sich die Regierung für berechtigt gehalten, nur wenig für die Bereitstellung von Boden für die jüdische Ansiedlung zu tun." Es ist natürlich unzulässig, diese Stelle ohne weiteres auf S. 32 des Originals über die Staatsländereien (vergl. oben unter 12) zu beziehen und nun hieraus die Zurückhaltung Samuels in der Frage der Landzuteilung an die Juden zu konstruieren.

15. Es ist unmöglich mit Sicherheit zu sagen, ob die jüdischen Kolonien und die jüdischen Industriebetriebe erfolgreich sein werden. (Es werden dann zwei Urteile über Kolonien angeführt und zwar über Pethach Tikwah, keine zionistische Gründung, errichtet 1878; das Urteil ist günstig. Das Urteil über die zionistische Kolonie Degania, gegründet 1910, ist ungünstig. Weitere Urteile fehlen.)

15. Der Bericht des Oberkommissars stellt die Geschichte beider Siedlungen auf Seite 35 und 36 einander gegenüber. Er berücksichtigt ausdrücklich die sehr verschiedenen Gründungsdaten der ältesten jüdischen Kolonie Pethach-Tikwah und des kurz vor dem Krieg gegründeten Dagania, ferner die schweren Kriegsverluste des letzteren. Ein Urteil wird nicht gefällt, dagegen über Dagania auf Seite 36 folgendes gesagt: "In addition, the group not hitherto been able to pay rent for the land or interest on the loans. The Colony, however, is now selfsupporting, and the sale of produce covers the living expenses of the population. It is intended that rental for the land shall begin to be paid at the end of this year and that repayment of the loan, over a period of 36 years, shall commence the year after." Samuel wollte also sagen, daß die Kolonie heute bereits "self-supporting", sich selbst erhaltend ist, und daß sie in den nächsten Jahren bereits daran gehen wird, ihre Verpflichtungen abzugelten.

Samuel stellt an dieser Stelle zwei jüdische Kolonien gegenüber: Pethach tikwah und Degania. Er will damit zwei Beispiele für die Verschiedenheit der finanziellen Situation der Siedlungen geben. Dabei gilt Degania eben als Muster einer weniger günstigen Entwicklung. Oder kann etwa geleugnet werden, daß Degania das Beispiel einer vorläufig unrentablen Kolonie darstellt, wenn trotz eines Darlehns von £ E. 17 700 noch ein Defizit von £ E. 1700 besteht?

16. Im Jordantal, südlich vom See Galiläa, sind 108 Quadratmeilen Land, die z. Zt. der türkischen Herrschaft von Beduinen bearbeitet sind. (Es handelt sich um Staatsland.) „Trotzdem das Besitzrecht zweifelhaft ist, haben wir es aus moralischen Gründen nicht den Juden, sondern den Arabern übertragen." (Im Original nicht gesperrt.)

16. Dieser Abschnitt der C. V.-Uebersetzung bezieht sich auf den Schluß der Seite 41 bis zum Ende des 1. Abschnitts der Seite 42 des Reports. Der hervorgehobene Satz lautet im Original: "Although the original title of the poeple to the land was doubtful, . . . there was undoubtedly a strong moral claim on the part of the cultivators to continue their possession. The Government recognised the strength of this claim." Deutsch: „Obgleich der ursprüngliche Rechtsanspruch der Leute (nämlich der bereits auf dem Staatsboden arbeitenden Fellachen) auf den Boden zweifelhaft war . . ., war zweifellos ein starker moralischer Anspruch seitens der das Land Bearbeitenden darauf vorhanden, ihren Besitzstand weiter zu behalten. Die Regierung erkannte die Kraft dieses Anspruches an."

Samuel sagt ausdrücklich, daß, „obwohl das ursprüngliche Besitzrecht zweifelhaft" war, es „zweifellos moralisch nötig war, jetzt den Bebauern auch das Besitzrecht zu übertragen". Im Grunde genommen entspricht die Uebertragung der „Jüdischen Rundschau" genau diesem Sinn.

Nachdem wir nunmehr sämtliche 16 Stellen durchgegangen sind, dürfte wohl jedem vorurteilsfreien Leser klar sein, daß von einer bewußten Entstellung der Tatsachen, von einer Arbeit mit Fälschungen keine Rede sein kann. Wir sind aber auch durchaus nicht „das Opfer einer Mystifikation" geworden, denn die von unserem Mitarbeiter angefertigte Uebertragung hat sich bis auf kleine Unstimmigkeiten, die bei jeder Uebersetzung vorkommen können, als durchaus einwandfrei erwiesen.

„Zionismus und Central-Verein."

Unter diesem Titel veröffentlicht unser verdientes Mitglied, Herr Georg Mecklenburg-Chemnitz, eine Reihe von Aufsätzen und Referaten. Mecklenburg, der bis vor einiger Zeit Anhänger des Keren Hajessod war, sah sich genötigt, seine Stellungnahme zu revidieren und erläutert in der genannten Broschüre die Gründe, die für ihn maßgebend waren.

Wir begrüßen diese Veröffentlichungen als einen Weg zur Vertiefung der unserem Kampfe zugrundeliegenden Gedankengänge. Soweit darin an der Haltung der Vereinsleitung gegenüber dem sogenannten Kulturzionismus Kritik geübt wird, können wir nur darauf hinweisen, daß wir u. E. mit hinlänglicher Deutlichkeit in Wort und Schrift immer wieder ausgesprochen haben, daß wir hier in Deutschland in der deutschen Kultur verwurzelt sind, an der wir seit Jahrhunderten mitarbeiten. Wir sind ihr auf Gedeih und Verderben verbunden und haben keinerlei Anteil an einer nationaljüdischen oder zionistischen Kultur. Ebensowenig wie wir den nationaljüdischen Aufbau Palästinas aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unterstützen können, können wir

auch irgendwelche kulturellen Bestrebungen zionistischer Tendenz fördern, da eine solche Förderung ja den Grundsätzen unseres Vereins durchaus widersprechen würde. Im übrigen gelten als Leitsätze unseres Handelns die im Jahre 1913 gefaßte Zionisten-Resolution sowie die im Jahre 1921 angenommene und im Jahre 1926 ausdrücklich bestätigte Resolution über den Keren Hajessod, die beide unserem Standpunkt in nachdrücklichster Weise Ausdruck geben.

Wenn auf Seite 10 der Broschüre Herr Mecklenburg einen Angriff auf diejenigen Mitglieder unseres Hauptvorstandes richtet, die als Rabbiner dem Kulturzionismus naheständen, wenn er ihnen „weltfremden Idealismus" vorwirft, der sie zum „Helfershelfer der Antisemiten", zum „Trennungsfaktor zwischen Deutschen und Juden" macht, so müssen wir diese Ausdrücke auf das Entschiedenste zurückweisen, Ohne in Personenfragen hier eingehen zu wollen, betonen wir ausdrücklich, daß wir auf die Mitwirkung des rabbinischen Elements bei der Führung unserer Vereinsgeschäfte höchsten Wert legen, und daß wir die Mitarbeit unserer bewährten Freunde keinesfalls missen möchten.

Abgesehen von den hierauf bezüglichen Ausführungen des Herrn Mecklenburg zu denen wir unsere abweichende Haltung ausdrücklich festgestellt haben möchten, wünschen wir, daß die Broschüre als ein bedeutsamer Beitrag, die Klärung der einschlägigen Fragen fördern möge.

Der Kolonisationsverein „Esra".

Wir erhalten die nachstehende Zuschrift, die wir unsern Mitarbeitern hierdurch zur Kenntnis bringen:

Wie in der großen erscheint auch in der kleinen jüdischen Welt nach den heftigen Stürmen der letzten Jahre ein gewisses Friedensbedürfnis eingetreten zu sein. Nicht nach Redeschlachten und scharfen Auseinandersetzungen, nach positiver Arbeit im Dienste der jüdischen Gemeinschaft steht jetzt der Sinn.

Es herrscht in den weitesten Kreisen des deutschen Judentums vielfach zweifellos der Wunsch, auch die Kolonisation Palästinas zu fördern, und selbst die Kreise, die politisch azionistisch eingestellt sind, würden gern das Kolonisationswerk im Heiligen Lande unterstützen, wenn sie die Garantie hätten, daß die Kolonisationsfrage rein wirtschaftlich aufgefaßt und von jeder politischen Nebenabsicht freigehalten würde. Diese Bürgschaft kann nur eine Organisation bieten, die von vornherein auf rein wirtschaftliche Prinzipien aufgebaut ist und vor jeder Einseitigkeit geschützt wird.

Diese Bürgschaft bietet der vor mehr als vier Jahrzehnten — im Jahre 1884 — begründete „Esra", Verein zur Unterstützung Ackerbau treibender Juden in Palästina und Syrien. Dieser Verein faßte von vornherein die Emigrationsfrage ausschließlich wirtschaftlich auf, und wenn er Palästina als das Auswanderungsland erkor, so geschah es in erster Reihe, weil die Kolonisten aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollten und die Annahme berechtigt war, daß diese Mittel reichlicher fließen würden, wenn sie in Palästina Verwendung finden. Anderseits aber liegt Palästina den Hauptwanderungsländern Rußland und Rumänien besonders nahe, und die Uebersiedlung dahin ist viel billiger als nach den transatlantischen Ländern. Allein die Kostendifferenz zwischen die Uebersiedlung einer jüdischen Familie aus Osteuropa nach Nord- oder Südamerika auf der einen Seite und Palästina auf der anderen reichte in sehr vielen Fällen schon aus, um den Einwanderern in Palästina zur Gründung einer Existenz zu verhelfen.

Wie das Ziel war auch der Weg von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten diktiert worden. Die Absicht, verfolgten Juden zu einer produktiven Tätigkeit zu verhelfen, wurde konsequent durchgeführt. Es gelang dem Verein „Esra" stets, mit den möglichst geringsten Mitteln den möglichst größten Erfolg zu erzielen. Mit Geldbeträgen, die weit unter den üblicherweise in Ansatz gebrachten Summen blieben, hat der „Esra" allein und in Zusammenarbeit mit anderen Faktoren Kolonien begründet und unterstützt, sowie zahlreichen Familien mit beispiellos geringen Mitteln zur Gründung einer landwirtschaftlichen Existenz verholfen. Der „Esra" ist es auch gewesen, der die Mittel für eine Propaganda im Yemen hergegeben hat mit dem Ziel, die dort schwer verfolgten Juden zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen. Der Erfolg war überaus befriedigend: Nicht weniger als 1500 Yminiten, darunter 300 erwachsene Arbeiter, wanderten im Jahre 1910 nach Palästina aus. Die Auswanderung geht seither automatisch weiter, dem Heiligen Lande alljährlich ein überaus wertvolles Ansiedlerelement zuführend.

Die angesiedelten Kolonisten sucht der Verein „Esra" zu selbstbewußten Männern zu erziehen, die sich nicht als Almosenempfänger betrachten, sondern als Nehmer von Darlehen, die sie später in kleinen Raten zurückzuzahlen haben, um so die Möglichkeit zu geben, mit den zurückgezahlten Beträgen neue Kolonisten anzusiedeln.

So bietet der „Esra" ein durchaus neutrales Feld der Betätigung auch für alle diejenigen Juden, die eine Vermengung von Hilfsaktion mit Politik ablehnen. Das Programm des „Esra" kann jeder Jude unterschreiben unbeschadet seiner Weltanschauung, seiner politischen Zugehörigkeit oder Einstellung.

Der Verein „Esra" wendet sich an die weitesten Kreise der deutschen Judenheit und bittet um Förderung seiner Bestrebungen. Hier ist jedem Juden die Möglichkeit gegeben, an dem Aufbau Palästinas in einer von jeder politischen Bindung freien Weise teilzunehmen.

Organisation.

Verjüngung der Landesverbands-Vorstände.

Wir bitten wiederholt alle Landesverbände, in ihre Vorstände auch Jugendliche aufzunehmen und dabei besonders Angehörige des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu berücksichtigen, um dadurch ein reibungsloses Zusammenarbeiten an den örtlichen Stellen zu gewährleisten.

Versand von Rundschreiben.

Unsere Rundfrage hat ergeben, daß der überwiegende Teil der Herren Vorsitzenden der Landesverbände und der Beamten des Central-Vereins in wichtigen Dingen einen Versand unserer Rundschreiben an die Ortsgruppen direkt wünscht. Wir werden veranlassen, daß den Landesverbänden von Fall zu Fall Kenntnis gegeben wird, mit welchen Rundschreiben die Ortsgruppen beliefert worden sind.

*

Um den Landesverbänden die Möglichkeit zu geben, Rundschreiben, welche sonst nicht allgemein zur Kenntnis gelangende wichtige Vorkommnisse aus der Vereinsarbeit behandeln, an besonders interessierte und wertvolle Persönlichkeiten weiterzugeben, werden wir den Landesverbänden künftig von jedem solcher Rundschreiben eine kleinere Zahl fortlaufend nummerierter Exemplare senden. Wir bitten die Landesverbände, den Persönlichkeniten, denen

die Rundschreiben weitergereicht werden, in einem besonderen Anschreiben die Wichtigkeit strengster Diskretion deutlich vor Augen zu führen.

Telefongespräche.

Es wird in der letzten Zeit von der Centrale aus beobachtet, daß Telefongespräche mit der Centrale für die Vorbereitung von Vorträgen, Mitteilungen und dergleichen einen großen Umfang angenommen haben. Es hat sich bei näherer Prüfung herausgestellt, daß vielfach Telefongespräche geführt worden sind, in Angelegenheiten, die ebenso gut und weitaus billiger schriftlich erledigt werden können. Wenn wir auch die Notwendigkeit telefonischer Uebermittlung in besonders eiligen und dringenden Fällen nicht einschränken wollen, so müssen wir auf das dringendste bitten, bei jedem Gespräche zu prüfen, ob es wirklich unvermeidlich ist. Wie im Bürobetrieb überhaupt, so muß auch in dem Fall telefonischer Uebermittlung die größte Sparsamkeit herrschen.

Vorsicht mit offenen Postkarten.

Ein Vorfall der letzten Tage — eine vertrauliche politische Angelegenheit wurde auf offener Postkarte behandelt — gibt uns Anlaß, folgenden dringenden Wunsch auszusprechen: Für Mitteilungen an uns, die durch die Post befördert werden, und die vertrauliche Vorgänge behandeln, sind nach Möglichkeit Briefumschläge und nicht Postkarten zu benutzen.

Versand der Monatsausgabe.

Bei der Aufgabe von Adressen, an die die Monatsausgabe gesandt werden soll, bitten wir dringend darauf zu achten, daß es keinen Zweck hat, die Monatsausgabe an ausgesprochene Völkische zu senden. Dies führt nur zu fruchtlosen Auseinandersetzungen, ohne unserer Sache zu dienen.

Jüdischer und deutscher Geist.

Pfarrer Dr. Hartmann, Solingen-Foche, behandelte dieses Thema in der Ortsgruppe Essen des C. V. und stellte unter Ablehnung des Rassenstandpunktes zunächst die Frage nach dem deutschen Geist. Dessen Inbegriff suchte er aus der gesamten Geschichte Deutschlands festzustellen, und dabei ergab sich, daß er natürlich nicht an die äußeren Grenzen Deutschlands gebunden ist. Das Wesentliche läßt sich nicht in der bekannten schlagwortartigen Form von deutscher Treue oder Ehre und ähnlichen Begriffen fassen, sondern es ist nur zu verstehen als eine besondere seelische Haltung des Menschen, die etwas eigentümlich Fließendes und schwer Fixierbares hat. Nikolaus von Cues, Luther, Rembrandt, Beethoven, Goethe und Hölderlin, aus deren Werken manches zitiert wurde, dürften das Wehen des deutschen Geistes am besten umschreiben. Dabei zeigt sich, daß der Deutsche versucht, alle Seiten des Lebens bis in die Konsequenzen auszudenken bzw. auszuleben und so das Einheitsbedürfnis des Geistes der Hingabe an das Leben und seine strömende Fülle unterzuordnen. Man kann also von einer polaren Geisteshaltung sprechen, die den Gegensätzen des Daseins in jeder Weise gerecht zu werden versucht. Das besondere Charakteristische des jüdischen Geistes, wie er in der jüdischen Geschichte und Religion sich offenbart, ist dagegen sein zielbewußtes Verhalten. Es kommt ihm auf Verwirklichung realer Ziele an, denen er auch sein moralisches Denken und Handeln unterordnet. Der Vortragende lehnte die übliche Art, jüdischen und deutschen Geist gegeneinander auszuspielen ab und entwickelte an der Hand von Beispielen, in welcher Weise sich jüdischer und deutscher Geist ergänzen und auf welchem Gebieten sie sich zu praktischer Zusammenarbeit finden können, und zwar im Interesse der Erneuerung Deutschlands und der Menschheit.

Tagung des Landesverbandes Baden.

Am Sonnabend, den 29. September d. Js. fand eine Tagung des Landesverbandes Baden in Karlsruhe statt. Die Herren Dr. Marx und Dr. Freund erstatteten einen Bericht über die badische Arbeit. Herr Dr. Wiener-Berlin sprach über die Arbeit der Zentrale. An den Verhandlungen nahmen u. a. Dr. Ludwig Haas sowie der Stadtrabbiner von Karlsruhe, Herr Dr. Schiff teil. Am Tage darauf sprach Herr Dr. Wiener in der Ortsgruppe Karlsruhe in einer außergewöhnlich stark besuchten Versammlung über „Breslau und Magdeburg, zwei Lehren für das deutsche Judentum".

Dr. Norbert Einstein.

Herr Dr. Norbert Einstein, Berlin, hat in verschiedenen größeren Ortsgruppen Vorträge über aktuelle Wirtschaftsprobleme gehalten. Es sind uns von allen Seiten außerordentlich anerkennende Versammlungsberichte zugegangen, in denen besonders hervorgehoben wird, daß Herr Dr. Einstein, als Fachmann durch seine reichen Kenntnisse des ökonomischen Tatsachenmaterials es gut verstanden hat, sowohl die nationalwirtschaftliche als auch weltwirtschaftliche Problematik in Beziehung zu unserer C. V.-Arbeit zu setzen. Seine Ausführungen waren von so außerordentlichem Interesse für unsere Mitglieder, daß vielfach angeraten worden ist, Herrn Dr. Einstein vor nichtjüdischen Publikum zum Zwecke der Aufklärung sprechen zu lassen.

*

Frau Helene Lachmanski-Schaul, eine Konzertsängerin, die schon in selbständigen Veranstaltungen sowie durch Mitwirkung bei anderen Konzerten hervorgetreten ist, empfiehlt sich uns für C. V.-Veranstaltungen aller Art. Ihr Hauptgebiet bilden Lieder im Volkston und Kinderlieder.

*

Unser Hauptvorstandsmitglied, **Herr Mittelschullehrer Stern** steht während der Weihnachtsferien zu Vorträgen im Reiche zur Verfügung. Anfragen an uns.

Vortragsliste

13. 9. Danzig.
Sabatzky-Königsberg: „Die Rechtsnot und die Wirtschaftsnot der deutschen Juden unter besonderer Berücksichtigung des Magdeburger Falles".

26. 9. Karlsruhe.
Landesverbandstagung. Dr. Wiener-Berlin: „Vertrauliches aus der Zentrale".

27. 9. Karlsruhe.
Dr. Wiener-Berlin: „Breslau und Magdeburg — zwei Lehren für das deutsche Judentum".

2. 10. Berlin-Neukölln.
Vortrag George Goetz. Simchas-Thora-Ball.

5. 10. Heilsberg.
Sabatzky-Königsberg: „Der Abwehrkampf des C.V. in Ostpreußen" (mit Lichtbildern).

9. 10. Bielefeld.
Dr. Charig-Emden: „Borkumer Erlebnisse".

10. 10. Bayreuth.
Rabb. Dr. Jacob-Dortmund: „Die zehn Gebote."

10. 10. Osnabrück.
Dr. Charig-Emden: „Borkumer Erlebnisse".

10. 10. Schwerte.
Bezirkstagung. Frau Leibholz-Berlin: „Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lehren der letzten Jahre; Waldstein-Essen: „Die Arbeit im Landesverbande."

11. 10. Regensburg.
J. R. Cohn-Dessau, Dr. Goldmann-Leipzig, L. G. R. Stern-Berlin: „Nord u. Süd, Ost u. West im Kampfe für Deutschtum u. Judentum."

11. 10. München.
Kundgebuug. J. R. Brodnitz, Dr. Holländer, Herzberg-Hannover, Rabb. Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Nord u. Süd, Ost u. West im Kampfe für Deutschtum u. Judentum."

11. 10. Mülheim.
Vortrag Rabbiner Dr. Neuhaus.

11. 10. Recklinghausen.
Frau Leibholz-Berlin: „Tagesfragen und Arbeitsziele".

12. 10. Bamberg.
J. R. Cohn-Dessau, Dr. Holländer: „Nord u. Süd, Ost u. West im Kampfe für Deutschtum und Judentum."

12. 10. Nürnberg.
J. R. Brodnitz, J. R. Gallinger, Rabb. Dr. Goldmann-Leipzig, Sußmann-Chemnitz: „Nord u. Süd, Ost u. West im Kampfe für Deutschtum u. Judentum."

12. 10. Würzburg.
Rabb. Dr. Braunschweiger-Oppeln, Rabb. Dr. Jacob-Dortmund, Schweriner-Berlin: „Nord u. Süd, Ost u. West im Kampfe für Deutschtum u. Judentum."

12. 10. Dresden.
Jugendversammlung: Vortrag Borchardt-Dresden.

12. 10. Oberhausen.
Waldstein-Essen u. Fr. Leibholz-Berlin: „Die jüdische Familie, die Wurzel unserer Kraft".

14. 10. Marienwerder.
Sabatzky-Königsberg: „Unsere Rechtsnot und unsere Wirtschaftsnot".

16. 10. Mörs.
Vortrag Jacobi-Köln: „Tagesfragen".

16. 10. Groß-Berlin.
Frauenschulungskurs: Frau Leibholz-Berlin: „Vom Heimatsrecht der deutschen Juden".

16. 10. Dortmund.
Dr. Einstein-Berlin: „Die wirtschaftl. Lage der deutschen Juden".

18. 10. Gunzenhausen.
Studienprof. Kurzmann-Gunzenhausen: „Unsere Lage in Bayern und im Reich."

18. 10. Hirschberg.
Frau Fried-Berlin: „Tagesfragen und Frauenpflichten".

18. 10. Duisburg.
Dr. Einstein-Berlin: "Die wirtschaftl. Lage der deutschen Juden".

19. 10. Herford.
Vortragsabend Irene Triesch-Berlin.

19. 10. Hamborn.
Dr. Einstein-Berlin: „Die wirtschaftl. Lage der deutschen Juden", und Waldstein-Essen.

20. 10. Oppeln.
Dr. Ernst Fränkel-Breslau: „Der Friedensgedanke, ein Gegenwartsproblem im Lichte jüdischer Ethik". Dr. Jakobowitz-Beuthen: „Aus unserer Arbeit".

20. 10. Groß-Berlin.
Frauenschulungskursus. Dr. Margarete Edelheim: „Die Frau im Staatsleben".

20. 10. Lünen.
Werbeabend, Waldstein-Essen.

23. 10. Erfurt.
Gemeindeversammlung. Dr. Heimann-Magdeburg: „Republik und Judenhaß".

23. 10. Königsberg i. Pr.
Jüdische Notabelnversammlung. Dr. Holländer, Sabatzky: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Arbeit der Centrale und des Lv. Ostpreußen".

24. 10. Neustadt O.-S.
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Religionsgesetz und Staatsgesetz".

24. 10. Oberglogau.
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Was lernen wir aus der Geschichte für die Gegenwartsarbeit des C. V.?"

24. 10. Königsberg i. Pr.
Landesverbandstagung. Dr. Holländer, Sabatzky: „Die Lage der Juden im Reich und in Ostpreußen".

24. 10. Kochem-Mosel.
Vortrag Jacobi-Köln.

24. 10. Berlin-Schöneberg.
Gesellschaftsabend.

24. 10. Hohenlimburg.
Vorträge R.-A. Dr. David-Hagen und Waldstein-Essen.

24. 10. Hagen.
Gesellschaftsabend.

25. 10. Königsberg i. Pr.
Gemeindeversammlung. Dr. Holländer: „Die gegenwärtigen Sorgen der deutschen Juden".

26. 10. Berlin-Süd, Südwest, Südost.
Frauengruppe. Ausspracheabend.

27. 10. Leipzig.
Öffentliche Aufklärungsversammlung. Dr. Bruno Weil-Berlin: „Die jüdische Internationale".

28. 10. Berlin-Süd, Südwest, Südost.
Stadtrat Dr. Löhning-Berlin: „Der völkische Gedanke — ein taugliches Mittel zum Wiederaufbau Deutschlands?"

28. 10. Essen.
Pfarrer Lic. Dr. Hans Hartmann-Solingen: „Jüdischer und deutscher Geist".

30. 10. Oehringen.
Min. Rat Dr. Hirsch-Stuttgart: „Neue Formen des Judenhasses."

30. 10. Berlin-Friedenau, Steglitz.
Jugendveranstaltung. Vortrag Dr. Ludwig Tietz: „Unsere C. V. Arbeit mit der Jugend".

31. 10. Boppard.
Bezirksversammlung. Vortrag Jacobi-Köln.

31. 10. Oppeln.
Landesverbandstagung. Frau Leibholz-Berlin: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Hauptgeschäftsstelle".

1. 11. Hindenburg.
Frau Leibholz-Berlin: „Die Rechts- und Wirtschaftsnot der deutschen Juden".

1. 11. Neustadt-Haardt.
Vortrag Jacobi-Köln.

1. 11. Pirmasens.
Vortrag Dr Kehr-Kaiserslautern.

2. 11. Bad Dürkheim.
Vortrag Jacobi-Köln.

2. 11. Speyer.
Vortrag Dr. Beermann-Heilbronn.

2. 11. Neiße.
Frau Leibholz-Berlin: „Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lehren der letzten Jahre".

2. 11. Gleiwitz.
Rabb. Dr. Goldmann-Leipzig: „Deutschtum und Judentum".

2. 11. Berlin-Norden, Nordosten.
Werbeabend. Dr. London: „Zweck und Ziele des C. V.": Dr. Eva Jungmann: „Tagesfragen"; Schweriner: „Heiteres aus politischen Kämpfen".

3. 11. Groß-Berlin.
Frauenschulungskursus. Dr. Hildegard Boehme: „Die Frau in der Volkswirtschaft".

3. 11. Groß-Strehlitz.
Frau Leibholz-Berlin: „Die Rechts- und Wirtschaftsnot der deutschen Juden".

6. 11. Berlin-Charlottenburg.
Gesellschaftsabend.

6. 11. Bremen.
Dr. Wiener-Berlin: „Breslau und Magdeburg — zwei Lehren für das deutsche Judentum".

6. 11. Beckum.
Lehrer Raphael: „Tagesfragen".

6. 11. Schlüchtern.
Dr. Marx-Frankfurt: „Das unsichtbare Hakenkreuz."

6. 11. Kuppenheim.
Vortrag Landsberger-Karlsruhe.

7. 11. Bremerhaven.
Dr. Wiener-Berlin: „Breslau und Magdeburg — zwei Lehren für das deutsche Judentum".

7. 11. Kottbus.
Dr. Gertr. Klausner-Berlin M. d. L.: „Völkerversöhnung — Volksversöhnung".

8. 11. Magdeburg.
Dr. Gertr. Klausner-Berlin M. d. L., Schweriner-Berlin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

11. 11. München.
Dr. Freund-München: „Die geistige u. politische Lage der Gegenwart u. die Aufgaben der deutschen Juden."

13. 11. Mainz.
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums."

14. 11. Darmstadt.
Landesverbandstagung. Dr. Martin Marx-Frankfurt a. Main: „Tätigkeitsbericht". Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums". Dr. Holländer: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Arbeit des C. V."

14. 11. Marburg.
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums".

14. 11. Forst i. L.
Landesverbandstagung. Schweriner-Berlin: „Die verborgene Not." Dr. Eva Jungmann-Berlin: „Jüdische Frauen und der C.V." Dr. Josef Weil-Berlin: „Jugend und C.V."

15. 11. Frankfurt a. M.
Dr. Holländer, „Die Sorgen des deutschen Judentums."

15. 11. Gießen.
Dr. Gertrud Klausner-Berlin, M.d.L.: „Völkerversöhnung — Volksversöhnung."

16. 11. Cassel.
„Breslau und Magdeburg", zwei Lehren für das deutsche Judentum". a) Dr. Gertrud Klausner-Berlin, M d. L.: „Der Fall Haas im Landtag". b) Dr. Wiener-Berlin: „Allgemeines."

16. 11. Chemnitz.
Justizrat Dr. Brodnitz: „Unsere Not."

16. 11. Hannover.
Gemeindeversammlung. Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil-Berlin: „Borkum und Bayreuth."

17. 11. Cassel.
Außerordentliche Landesverbandstagung. Dr. Martin Marx-Frankfurt a. M.: „Tätigkeitsbericht." Dr. Gertrud Klausner-Berlin, M.d.L.: „Aus den Landtagsausschüssen." Dr. Alfred Wiener-Berlin: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Arbeit des C.V."

17. 11. Dortmund.
Ordentliche Landesverbandstagung. Dr. Holländer: „Vertrauliches aus der Arbeit des C. V." Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil-Berlin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden."

17. 11. Plauen.
Öffentliche Versammlung. Dr. Goldberg-Plauen: „Über den völkischen Terror im Vogtland."

17. 11. Dresden.
Frauen-Versammlung. Frau Leibholz-Berlin: „Mode, Gesellschaft und Antisemitismus."

18. 11. Dortmund.
Öffentliche Aufklärungversammlung. Rechtsanwalt Dr. BrunoWeil Berlin: „Die jüdische Internationale."

18. 11. Duisburg.
Wichtige Aussprache über aktuelle Fragen im Hause des Herrn Rechtsanwalt Dr. Richard Rosenthal-Duisburg. Referent Dr. Ludwig Holländer-Berlin.

18. 11. Görlitz.
Gemeindeversammlung. Frau Leibholz-Berlin: „Unsere geschichtliche und kulturelle Verbundenheit mit dem deutschen Volke.

Personalia.

Bayern — Baden.

Der bisherige Syndikus des Landesverbandes Baden, Dr. Ludwig Freund, hat die Leitung der Geschäftsstelle Bayern übernommen. Seine Anschrift lautet: Dr. Ludwig Freund, München, Herzogmaxstraße 3/5.

Die badischen Geschäfte werden vertretungsweise durch Herrn Landsberger, bisher Berlin, geführt.

Oberschlesien.

Der Syndikus des Landesverbandes Oberschlesien Dr. J. Jakobowitz ist nach Ring 19, III. bei Herlitz, Fernsprecher 1771, verzogen. Die Postadresse ist weiter Schließfach 37; Pakete sind, soweit nichts anderes gewünscht wird, nach Friedrich Wilhelmsring 9 zu richten.

Norddeutschland.

Die Geschäftsstelle des Landesverbandes Norddeutschland (Syndikus Herr Rechtsanwalt Dr. Fürth) ist nach Hamburg 11, Graskeller 3, Helgoländer Hof, verlegt worden. Fernsprecher Roland 25541.

Wer hilft?

Wir lenken die Aufmerksamkeit unserer Freunde auf folgenden Fall:

Ein uns bekannter junger Mann, der das akademische Studium der Gärtnerei betreibt, benötigt zur Vollendung seiner Studien für die Dauer eines Jahres einer geldlichen Unterstützung. Da es uns im sachlichen und persönlichen Interesse außerordentlich wünschenswert erscheint, dem Betreffenden die Durchführung seiner Ausbildung zu ermöglichen, haben wir uns bereits intensiv damit beschäftigt, mit öffentlichen und privaten Stellen zwecks Bereitstellung von Stipendien in Verbindung zu treten. Da die Erfolge bisher nur gering waren, bitten wir an dieser Stelle alle unsere Freunde, die bereit sind, für das als notwendig erkannte Gebot der Berufsumschichtung einzutreten, an diesem Einzelfall ihre tätige Anteilnahme zu bekunden.

Bibliothek.

Neuaufnahmen in die C. V.-Bibliothek im August 1926.

Brunner, Constantin: Vom Einsiedler. Mein Leben und Schaffen. Unsere scholastische Bildung. Das Unglück unseres deutschen Volkes und unsere Völkischen. 151 S. Potsdam 1924. Gustav Kiepenheuer.

Burian, Stephan Graf: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. 333 S. Berlin 1923. Ullstein.

Conrad, Heinrich: Das Judenbuch des Magister Hosmann. 232 S. Stuttgart 1919. Robert Lutz.

Der Staat, das Recht und die Wirtschaft des Bolschewismus. Darstellung und Wertung seiner geistigen Grundlagen. Herausgegeben i. A. der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. 350 S. Berlin-Grunewald 1925. Walther Rothschild.

Deutsche Kriegsgefangene in Feindesland. Amtliches Material. Frankreich. 312 S. Berlin und Leipzig. Walter de Gruyter.

Diedring, Ernst: Die Weltspinne. Roman 387 S. Braunschweig-Hamburg 1925. Georg Westermann.

Floerke, Hans: Deutsches Wesen im Spiegel der Zeiten. 412 S. Berlin 1916. Otto Reichl.

Friedjung, Heinrich: Historische Aufsätze. 547 S. Stuttgart und Berlin 1919. Cotta'sche Buchhandlung.

Frischeisen-Köhler, Max: Geistige Werte. Ein Vermächtnis deutscher Philosophie. 382 S. Berlin 1915. Otto Reichl.

Gerlach, Helmuth von: Die große Zeit der Lüge. 109 S. Charlottenburg 1926. Weltbühne.

Hegel, Georg, Wilhelm, Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Mit den von Gans redigierten Zusätzen aus Hegels Vorlesungen. 2. Aufl. 380 S. Leipzig 1921. Felix Meiner.

Kittel, Gerhard: Die Probleme des palästinensischen Spätjudentums und das Urchristentum. 200 S. Stuttgart 1926. W. Kohlhammer.

Lympius, W. von: Die Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reich. Nachtrag für die Zeit bis zum 31. Mai 1926. 66 S. Berlin 1926. Karl Heymann.

Mertens, Karl: Verschwörer und Fememörder. 114 S. Charlottenburg 1926. Weltbühne.

Reventlow, Graf: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. 8. Auflage. 479 S. Berlin 1926. Ernst Siegfr. Mittler.

Reventlow, Graf: Monarchie? 123 S. Leipzig 1926. Hammer Verlag.

Rosenfelder, S.: Merkbuch für den israelitischen Religionsunterricht. 63 S. Ladenburg a. N. Selbstverlag.

Schlesinger, Martin Ludwig: Das bolschewistische Rußland. 112 S. Breslau 1926. Ferd. Hirt.

Stern, Selma: Der Preußische Staat und die Juden. 1. Teil: Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrich I. 1. Abteilung: Darstellung. 2. Abteilung: Akten. 159 S. und 546 S. Berlin 1925. C. A. Schwetschke & Sohn.

*

Neuaufnahmen im September 1926.

Auerbach, Bertrand: L'Autriche et la Hongrie pendant la guerre depuis le début des hostilités jusqu'à la chute de la monarchie. 627 S. Paris 1925. Felix Alcan.

Beer, Georg, Professor: Kurze Uebersicht über den Inhalt der Alttestamentlichen Schriften. 176 S. Tübingen 1926. J. C. B. Mohr.

Der Judenspiegel. Der Jude nach dem Talmud. Illustr. v. akademischen Maler Karl Rèlink. 35 S. Leipzig 1926. Hammer-Verlag.

Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antis. Führer aller Völker. Herausgegeben v. Abgeordneten Hans Krebs und Otto Prager. 99 S. Außig 1926. Weltfront-Verlag.

Eisgruber, Heinz: Völkische und deutschnationale Führer. 68 S. Leipzig 1925. Ernst Oldenburg.

Elfenbein, Alexander: Zur Entwicklung des Bolschewismus. Heft 10 der südd. Monatshefte. 75 S. München 1926. Südd. Monatshefte.

Enzyklopädie des Judentums. Probeheft. Berlin-Jerusalem 1926. Eschkol.

Erdmann, Karl Otto: Die Bedeutung des Wortes. Aufsätze aus dem Grenzgebiet der Sprachpsychologie und Logik. 4. Auflage. 226 S. Leipzig 1925. H. Hessel.

Fritsch, Th.: Der jüdische Zeitungs-Polyp. 4. Auflage. 32 S. Leipzig 1926. Hammer-Verlag.

Hoppenstedt, Julius: Die französische Revolution. 2 Bände. 764 S. Berlin. Paul Kittel.

Lama, Friedrich Ritter von: Der veraltete Friede. Meine Anklage gegen Michaelis und den Evang. Bund. 104 S. Augsburg 1926. Haas und Grabherr.

Model, Dr. Otto: Deutsches Staatsbürgertaschenbuch. 4. verb. Auflage. 368 S. Berlin 1926. Wirtschaftsverlag Arthur Sudan.

Mühlhausen, Rudolf: Das deutsche Freimaurertum und seine Gegner. Sonderdruck aus dem Jahrbuch 1924—25 des Vereins deutsch. Freimaurer.

Nathan, Paul: Das Problem der Ostjuden. Vergangenheit und Zukunft. 38 S. Philo-Verlag 1926. Berlin.

Norden, Joseph: Auge um Auge — Zahn um Zahn. 24 S. Berlin 1926. Philo-Verlag.

Nowak, Karl, Friedrich: Der Sturz der Mittelmächte. 435 S. München 1921. Verl. f. Kulturpolitik.

Piechottka, Erwin: Aufwertungsbetrug und Wirtschaftsmord. 62 S. Leipzig 1926. Hammer-Verlag.

Pölkow, I: Die Befreiung vom römisch-jüdischen Joch durch Reformation und völk. Bewegung. Hammer-Verlag. 32 S. Leipzig 1926.

Rathenau, Walter: Briefe, 2 Bände, 748 S. Dresden 1926. Carl Reißner.

Smith, Adam: Theorie der ethischen Gefühle. Herausgegeb. v. Dr. Walter Eckstein, 1. und 2. Band. 618 S. Leipzig 1926. Felix Meiner.

Stegemann, Hermann: Geschichte dse Krieges. 4 Bände. Stuttgart, Berlin 1917—1921. Deutsche Verlagsanstalt.

Stern, H.: Warum sind wir Deutsche? 6 Aufsätze für die deutsch-jüd. Jugend. 31 S. Berlin 1926. Philo-Verlag.

Werner, Joachim: Die Heiratsannonce. Studien und Briete. 304 S. Berlin. Martin Aronhold.

Westerich, Thomas: Niedersachsen-Not. Ein Weihespiel in 3 Aufzügen und 6 Bildern mit einer Einleitung. 68 S. Leipzig 1926. Hammer-Verlag.

Presse, Bücher, Broschüren.

Zwei Buchbesprechungen.

1. U. R. Deutsch, Briefe an einen antisemitischen Freund.
2. Antisemitica, Heiteres und Ernstes, Wahres und Erdachtes von Dr. Mehemed Emin Effendi.

Gustav Engel, Leipzig, 1926. 126 bezw. 144 S. Preis je Mk. 2,—.

In den beiden pseudonymen Schriften liefert der Verlag zwei ungleiche Beiträge zur Bekämpfung des Judenhasses. Einmal die — natürlich fingierten — Briefe eines betont nationalen und religiösen Mannes, der sich durch eigenes Nachdenken von den herkömmlichen Vorurteilen gegen die Juden freigemacht hat und nun einen in der Enge des heimatlichen Stammtisches zurückgebliebenen Freund zu sich auf die gewonnene Höhe heraufziehen möchte; er bedient sich dazu einer in großen Zügen gezeichneten Darstellung der Geschichte der Juden an Hand der biblischen Ueberlieferung, zeigt darin die tüchtigen Eigenschaften der Juden, ohne ihre Schwächen und Fehler zu leugnen, die aber zum großen Teil als Folgen des ihnen angetanen Unrechts erklärt werden, zeigt die Hinfälligkeit der Befürchtung vor einer jüdischen Weltherrschaft und fordert, daß Deutschland jüdische Werte nützen soll zum Wiederaufstieg und zur Wiedererlangung staatlicher und wirtschaftlicher Geltung in der Welt. Die Briefe bringen gerade keine neuen Beweisgründe, ihr redliches Bemühen, die bekannten Gründe in faßlicher Form zusammenzutragen, wird aber bei Leuten, die sich überhaupt belehren lassen wollen, die Wirkung nicht verfehlen, zumal der sittliche Ernst, das echt vaterländische Streben und die aufrichtige Gläubigkeit des Briefschreibers bei ernsten Menschen systematisch berühren müssen. Zu dem, was er über nahe Verwirklichung von Zions Hoffnungen schreibt, müssen wir ein starkes Fragezeichen machen.

Ganz anders wirkt die zweite Schrift. Mit den feingeschliffenen Waffen des Witzes und Spottes, schillernd und abwechslungsvoll werden die Dummheiten und Bösartigkeiten der „modernsten" politischen Reaktion und Judenhetze bekämpft. Aber da gerade in den bürgerlichen Kreisen das Verständnis für Ironie und für literarische Feinheiten leider sehr gering entwickelt ist, wird die Schrift in diesen Kreisen nicht allzu viele Freunde gewinnen, im Gegenteil wird sich manch einer über jüdische Respektlosigkeit und Spottsucht billig entrüsten. Nach unserer Auffassung ohne Recht; denn was über antisemitische „Wissenschaft", über Verkehrtheiten und Niederträchtigkeiten der Judenhasser gesagt wird, ist wahr, geistvoll und im Vergleich zu völkischer Rohheit und Plumpheit sogar sehr maßvoll. Eines ist vielleicht zu tadeln: daß der Verfasser sehr vergängliche Erscheinungen der letzten paar Jahre etwas allzu wichtig nimmt. In dem „offenen Schreiben" an den verflossenen bayerischen Generalstaatskommissar Dr. von Kahr prasseln die Hiebe auf das unehrliche Verhalten dieses „Staatsmannes", der durch eine kleine Judenverfolgung sich in der Macht zu halten suchte, von dem aber doch

heute schon niemand mehr spricht. Den Höhepunkt des Buches bildet die Geschichte von dem jüdischen Gerichtsvollzieher; sie erinnert nach ihrem Stil, nach ihrer überlegenen Behandlung menschlicher Torheit an die berühmte Geschichte vom Streit um des Esels Schatten in Wielands Abderiten. Auch wenn man feststellen muß, daß sie ihr Vorbild an Geist, Schärfe und vor allem an — Ewigkeitswert nicht ganz erreicht, ist dies kein schlechtes Lob.

Wilhelm Levinger.

„Trümmer."

Zu warnen ist vor dem „Deutschen Roman" betitelt „Trümmer" von Hans Wimmer, Atlantikverlag Bremerhaven, einem mit etwas Musik und Philosophie verbrämten Kitschwerk. Es ist insbesondere nicht verständlich, was an dem Roman eigentlich „deutsch" sein soll? Wahrscheinlich nur der antisemitische Einschlag. Aber auch dieser ist von so ungeschickter Hand und so aufdringlicher Tendenz, daß fast die gegenteilige Wirkung erzielt wird und nichts übrig bleibt, als der Unverstand und die böse Gesinnung des Verfassers. Man höre: die Heldin des Romans, eine schöne und viel bewunderte Künstlerin in Gesang und Klavier war von ihrem 1. Lebensjahr an im Hause eines jüdischen Altertumshändlers, eines tüchtigen und wackeren Mannes, im christlichen Glauben erzogen und reich ausgestattet worden. Sogar eine Kunstreihe nach Amerika wird ihr durch seine Freigebigkeit ermöglicht. Eines Tags findet sie ihren Pflegevater leblos in seinem Kontor vor offenen Schränken und Kassetten. Es fällt ihr nicht ein, nach Hilfe zu rufen und einen Arzt herbeizuholen. Sie läßt den Alten ruhig liegen, steigt über ihn hinweg, macht sich über seine Geheimnisse her und entdeckt Papiere, aus denen hervorgeht, daß sie die uneheliche Tochter einer Gräfin und des zum Generalsuperintendenten aufgestiegenen Johann Weißer ist. „Ein Freudenschrei entrang sich ihrer Brust." Sie verläßt den Toten mit den Worten: „Wenn es eine schmutzige Geschichte gibt, so ist doch immer ein Jude dabei." „Sie wirft einen verächtlichen Blick auf die regungslos am Boden liegende Gestalt." Wahrlich eine herrliche „deutsche" Jungfrau! Im Verlauf der rührsam und stark erotisch sich entwickelnden Liebesgeschichte der Heldin findet sich ganz ohne Zusammenhang eingeschaltet ein Dialog zweier Freunde über die Judenfrage, in dessen Verlauf der eine davon eine irrsinnig gehässige Meinung über alles Jüdische verzapft. Dabei werden kritiklos die abgeschmacktesten Dinge aus dem Schmutzkasten der Antisemiten wiedergegeben. „Der Jude durchdringt deshalb heute alles mit seinem Geist, um die für sich günstigste Atmosphäre zu schaffen, es ist die der weitestgehenden Demoralisation, der Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens . . . . So zersetzt, zerstört, untergräbt, unterminiert er systematisch alles. Ist nicht der Jude schuld an der Intellektualisierung (!?) aller geistigen Bestrebungen?" In diesem Gallimatthias geht es lange weiter. Schließlich wird die Heldin des Romans zur Zeugin all dessen aufgerufen. Sie bestätigt, daß von den Juden mehr Neigung zum Bösen als zum Guten zu erwarten sei, sie muß es ja wissen, sie die Herrliche, die in einem jüdischen Haus aufgewachsen und bis zu jener Zeit gelebt hat. Wahrlich ein prächtiges Exemplar edlen Deutschtums! Und vollends der männliche Held des Romans, Johannes Weißer, der Generalsuperintendent, eine überragende Gestalt an Körper und Geist, ein populärer Kanzelredner, führende Persönlichkeit. Er stirbt frühzeitig an den Folgen eines Uebels, das er sich in lasterhafter Jugend zugezogen hat. Der Roman schließt in der ihm eigenen trivialen Form mit der Parole „der allein wahrhaften und echten Humanität und Menschlichkeit(!)".

Neue Märchen über Walther Rathenau.

Die Deutsche Erneuerungsgemeinde Leipzig gibt ein neues Aufklärungsblatt Nr. 236 heraus, mit der Ueberschrift „Höre Israel". In diesem werden über Walther Rathenau, im Vertrauen darauf, daß der Tote sich nicht mehr verteidigen kann, längst widerlegte Märchen erneuert. Nach einer Auskunft des früheren langjährigen Privatsekretärs Dr. Rathenaus erklären wir zur Kennzeichnung der „Wahrheit" dieses der „Aufklärung" dienenden Flugblattes nur folgendes:

Das Flugblatt enthält u. a. die unwahre Behauptung, daß Rathenau „sich bei Kriegsausbruch danach drängte, die Organisation der Kriegsgesellschaften durchzuführen". Die Unrichtigkeit ist durch eine schriftliche Erklärung der damals zuständigen Persönlichkeit des Preußischen Kriegsministeriums festgestellt worden.

Eine weitere freie Erfindung ist die Behauptung, daß Rathenau „eines Tages an die deutsche Regierung das Ultimatum stellte: „Bis morgen früh um 10 Uhr will ich die Nachricht haben, daß ich zum deutschen Aufbauminister ernannt bin". Hier ist einfach die vor Jahren durch ein Berliner Abendblatt gebrachte Sensationsmeldung aufgewärmt worden, daß Rathenau wegen der Ernennung zum Außenminister ein solches Ultimatum gestellt haben soll. Durch eine schriftliche Erklärung des damaligen Reichskanzlers Dr. Wirth ist die Unwahrheit auch dieser Behauptung festgestellt worden.

Die Beweisstücke können jederzeit an Gerichtsstelle vorgelegt werden.

Gesellschaft „Deutscher Staat."

Das „Deutsche Tageblatt" Nr. 235 vom 7. Oktober bringt einen ausführlichen Bericht über die Haupttagung der „Gesellschaft deutscher Staat", aus dem wir folgenden Auszug hier wiedergeben:

„Unter dem Leitgedanken der Wehraufgabe und heldischen Volkserziehung steht die Haupttagung der Gesellschaft „Deutscher Staat", die am Sonntag in Potsdam im Einsiedler eröffnet wurde. Ertüchtigung im Sinne des Friedrizianischen Staatsgefühls, Wille zur persönlichen Dienstpflicht ist für die geistige Atmosphäre Deutschlands eine Aufgabe von nationalster Bedeutung, um die sich die Gesellschaft „Deutscher Staat" hervorragend verdient macht. Den einleitenden Vortrag über das Verhältnis des heldischen Gedankens zum Christentum hielt Professor Hupfeld-Rostock. Gegen Müdigkeit und weichliche Widerstandslosigkeit, gegen die Unterhöhlung des Staatsgedankens durch Wohlfahrtsbeglückung und egoistische Staatskritik fordert er das Bekenntnis zur wehrhafter Männlichkeit, die sich den höheren Zielen des Staates beugt. Steht das Christentum als mitleidsvoll passive Religion im Gegensatz zu diesem Geist der heldischen Energie oder nicht? Professor Hupfeld lieferte den gültigen Beweis, daß Christus ein durchaus kämpferischer, eifernder Charakter, ein schonungslos rechtlicher und das Gute rücksichtslos fordernder Mensch war. Das Neue Testament zeigt vielfach ein soldatisches Bild, das sich vom Heliant bis zum Wormser Bekenntnis Luthers geschichtlich immer wiederholt.

Ueber den heldischen Gedanken in der altdeutschen Dichtung sprach als zweiter Redner Professor Gierach-Reichenberg über die Leidenschaft und tragische Schwertlust des gotischen Heldenliedes.

Was haben wir verfochten, wir Deutschen, als wir Genf und Locarno abschlossen, so fragte Professor Max Wundt-Jena in seinem überraschend scharfsinnigen und gründlich philosophischen Vortrag: „Die Ehre als sittliche Grundlage des Staats- und Volkslebens". Professor Wundt verbindet den Ehrbegriff mit der sittlichen Bestimmung des Menschen. Die Mannesehre ist tapfer und kämpferisch, die Frauenehre ist mütterlich und keusch. Ein dritter Ehrbegriff ist die Wahrhaftigkeit. Die soziale Anerkennung der Ehre findet in der Arbeit statt. Hier gibt es eine ständische Gradabstufung der Ehre, die nur die Demokratie als Standesdünkel bezeichnen kann. Mit einem Ausblick auf die Nationalehre schloß Wundt seinen Vortrag. Die Ehre einer Nation beruht aber in der Freiheit eines wehrhaften Volkes. Wehrlos sind wir geworden durch die Ehrverleumdung der Weltkriegs-Schuldlüge. Ehrenhaft werden wir erst wieder durch die geschichtliche Wahrheit, die die Welt uns schuldig ist.

Als praktischer Dienst an der Wehrerziehung des deutschen Volkes ist das Siedlungswerk zu betrachten, über das Geheimrat Ponfick-Berlin am zweiten Tag der Potsdamer Haupt- und Landestagung in einem ausgezeichneten und sachkundigen Vortrage berichtete. Die Einbuße, die der Wehrgedanke und damit die seelische Tüchtigkeit und gesunde Lebensbejahung in Deutschland erlitt, ist zum großen Teile auf die Verstädterung zurückzuführen. Wer das deutsche Volk wehrhaft machen will, muß dafür sorgen, daß die Landbevölkerung gesund und stark gegenüber den großstädtischen Metropolen bleibt.

Ueber geistige Wehrhaftmachung als vorbeugende Erziehung zur nationalen Befreiung sprach Professor Hielscher-Münster. Die Pflege nationaler Eigentümlichkeit ist Gewissenspflicht jedes Deutschen. Ein praktisches Bildungsziel soll die Ehrfurcht vor der Ueberlieferung bleiben, verbunden mit dem Mut zu offener Vaterlandsliebe. Wir wollen nicht mehr die diplomatische Geschicklichkeit und ästhetische Förmlichkeit deutschfremder „Führer". Unsere geistige Wehrhaftmachung besteht in der Reinigung der öffentlichen Meinung und in der Erziehung zu einem nationalen Selbstbewußtsein."

Die behandelten Themen und die Gedankengänge der einzelnen Redner gewähren einen charakteristischen Einblick in die Ideologie der völkischen Kreise.

„Reise in Rußland".

Folgenden Auszug aus einem Feuilleton der „Frankfurter Zeitung" Nr. 797 vom 26. Oktober 1926 bringen wir hierdurch unseren Mitarbeitern zur Kenntnis, weil darin Tatsachen berichtet werden, die zu einer Widerlegung der primitiven Rassentheorien gut brauchbar sind. In dem Kapitel „Das Völkerlabyrinth im Kaukasus" aus der Feuilletonserie „Reise in Rußland" von Joseph Roth-Tiflis, heißt es bei einer Beschreibung aus Baku:

„In den Dörfern Priwolnaja und Pribosch leben die interessantesten Juden der Welt: nämlich die rein arischen. Es sind russische Bauern, die früher einmal Sobotniki waren, Sabbat-Heiliger. Als sie von der offiziellen Kirche und den Behörden verfolgt wurden, gingen sie aus Zorn und Trotz zum Judentum über. Sie nennen sich selbst „Gerim" (hebräisch: „Fremde"), sehen slawisch aus, leben vom Ackerbau und Viehzucht und sind neben den weißrussischen, semitischen, „echten" Juden die frömmsten der Sowjet-Union.

Ein Rassenantisemit käme diesen Juden gegenüber in eine große Verlegenheit. Eine noch größere würden ihm die „Bergjuden" bereiten. Ich habe sie besucht. Sie sind, obwohl ihre Orthodoxen es selbst behaupten, keine Semiten, — meint die Wissenschaft. Sie gehören der tattischen Rasse an. Ich erfahre, daß die Zionisten vor dem Kriege Verbindungen mit den Bergjuden angeknüpft haben. Es erwies sich, daß der bergjüdische Klerus — im Gegensatz zu seinen semitischen ostjüdischen Kollegen orthodoxer Prägung — dem Zionismus freundlich gesinnt war. Der Krieg hat diese Beziehungen unterbrochen, die Revolution hat sie zerstört. Die kommunistische bergjüdische Jugend ist nicht nur antiklerikal, sondern zeigt auch Nationalbewußtsein — nämlich tattisches, nicht etwa jüdisches. Unsere Stammesgenossen, sagen die jungen Bergjuden, sind nicht etwa die Juden der Welt, sondern die mohammedanischen und armenisch-katholischen Tatten. Man hat also jetzt die ersten Schulen — vorläufig zwei — mit tattischer Unterrichtssprache eröffnet. Eine tattische Schrift hat es niemals gegeben. Man kam auf den unpraktischen Ausweg, hebräische Schriftzeichen für die tattische Sprache zu verwenden. Indessen haben sogar die Türken das lateinische Alphabet angenommen."

Pressedienst.

Die folgende Notiz eignet sich zur Veröffentlichung in der gesamten Lokalpresse:

Einen interessanten Fund machte man kürzlich in Mainz. Bei Ausschachtungsarbeiten anläßlich von Neubauten in der Stadt sowie kürzlich wieder bei der Anlegung eines neuen Sportplatzes fand man alte Grabsteine, die sich als achthundert bis 1000jährige jüdische Grabsteine herausstellten. Aus den Inschriften war zu ersehen, daß es sich zum Teil um die Grabsteine berühmter Gelehrter handelte, deren Ruf weit über Deutschland hinausragte. Der älteste dieser Steine datiert von der Mitte des 10. Jahrhunderts und es ist festgestellt, daß vor dem Toten, der unter ihm ruhte, bereits zwei Generationen seiner Familie in Mainz lebten.

Es ist anzunehmen, daß bereits Jahrhunderte zuvor, Juden in Mainz gelebt haben, denn es existiert der Grabstein eines römischen Soldaten, der seine letzten Lebensjahre in Mainz verbracht hat und dort gestorben ist und aus dessen Namen und Herkunft (Nordsyrien) zu schließen ist, daß es sich um einen Juden handelt. Bei den Kämpfen zwischen Adolf von Nassau und Dieter von Isenburg wurde der Friedhof zerstört und an seine Stelle ein Weinberg gepflanzt. Neuerdings hat man durch Nachgrabungen die alte Grabstätte wiedergefunden und auf ihr die Grabsteine wieder zur Aufstellung gebracht.

Aufstellung von Versammlungslisten.

Wir bitten wiederholt alle Mitarbeiter und insbesondere die Landesverbandsbeamten dafür besorgt zu sein, daß wir am Ende jeden Monats eine vollständige Aufstellung sämtlicher Veranstaltungen, die im Laufe des Monats stattgefunden haben, zugesandt erhalten. Vorträge, Versammlungen etc., die nicht auf diese Weise zu unserer Kenntnis gebracht werden, können im C. V.-Dienst nicht verzeichnet werden.

Jeder Landesverband

kann mit

geringen Mitteln
nachhaltige Abwehrarbeit

leisten, wenn er unser

Sonderangebot billiger Broschüren

benutzt.



Die Bestellungen einiger Landesverbände und zahlreicher Ortsgruppen stehen noch aus!



Philo Verlag u. Buchhandlung, Berlin SW 68

Verantwortlich: Dr. Ludwig Holländer, Direktor des C.-V., Berlin SW 68.
Druck: Max Lichtwitz, Berlin SW 19, Neue Grünstraße 30.